

6. Parteitag der CDU in Bonn 28. Nov. 1994

Deutschland Zukunft erneuern sichern CDU



Fotos: Laurence Chaperon

Bundeskanzler Helmut Kohl:
Aufbruch in die Zukunft: Deutschland gemeinsam erneuern. Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 23. November 1994.
Grüner Teil

- **Bundeskanzler Helmut Kohl:** Jetzt beginnt die Arbeit für die nächsten Jahre. Seite 2–18
- **Generalsekretär Peter Hintze:** Wir hatten die richtige Strategie, wir hatten den richtigen Kanzler. Seite 20–26
- **Wolfgang Schäuble:** Wir arbeiten für eine Zukunft in Frieden und Freiheit, für Toleranz und Solidarität. Seite 32–38

Grundsatzbeschluss zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU Deutschlands.
Seite 47–48

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Jetzt beginnt die Arbeit für die nächsten Jahre

Es war ein schwieriges Jahr, das Jahr 1994. In einer solchen Stunde werden wir uns alle, jeder für sich und an seinem Platz und nach seiner Erfahrung, an diese elf Monate zurückerinnern. Man hat darüber geschrieben: Das ist ein Wahlmarathon. – Das ist ja auch wahr.

Aber was das bedeutet in Orts- und Kreisverbänden, in den Landesgeschäftsstellen, überall dort auf Straßen und Plätzen, wo unsere Freunde waren, an den Ständen, wo unser Material, unsere Werbung unter die Leute gebracht wurde, kann nur der ermessen, der die Begegnung, das volle Auf und Ab öffentlicher Stimmungen, erlebt hat.

Und am Ende dieses Jahres können wir ganz einfach sagen: Wir haben gewonnen. Die Union ist und bleibt die bestimmende politische Kraft im vereinten Deutschland. Das ist der Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit. Dafür haben wir vor allem unseren Wählern zu danken, aber auch den vielen, die uns geholfen haben.

Wenn Sie sich an die Tage in Hamburg erinnern, an den 21., 22. und 23. Februar, dann wissen Sie, daß wir von diesem Parteitag nach Hause gegangen sind mit dem Willen, es wieder zu packen. Aber wahr

ist auch, es gab manche Skepsis, und mancher hat sich leise oder auch laut gefragt: Werden wir es wirklich schaffen? Wir sind nach schwierigen Jahren — seit 1990 — dem Jahr der deutschen Einheit, in dieses Wahljahr gegangen. Wir haben die volle Wucht der weltwirtschaftlichen Rezession mit all ihren Folgen bis hin zur hohen Arbeitslosigkeit voll zu spüren bekommen. Wir haben dann gemeinsam gekämpft. Wir konnten die Menschen überzeugen. Wir wollten den Sieg, und wir haben ihn errungen — allen Untergangspropheten zum Trotz. Und das ist gut.

Und ich will wieder einmal darauf hinweisen, weil in der Flüchtigkeit der Stun-

Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl

den nach einer Wahl vieles untergeht: Wir, CDU und CSU, haben etwas erreicht, was es bislang noch nie gab. Seit 1871 gibt es freie, geheime und direkte Wahlen zum nationalen Parlament. In diesen mehr als 100 Jahren gab es nur eine demokratische Partei, die in ganz Deutschland über die 40-Prozent-Grenze kam: Das waren die CDU und CSU 1990 und 1994. Auch viele von uns hätten uns das nicht zugetraut. Aber wir haben es geschafft. Wir haben historische Markie-



ungen gesetzt. Auch darauf dürfen wir stolz sein.

Wenn wir uns an das Jahr 1990 erinnern, dann wissen wir auch, wie ungläubig viele in Deutschland uns anschauten, als wir sagten, wir wollen auch in den neuen Ländern die bestimmende politische Kraft werden und — natürlich — bleiben. Und so ist es ein gewaltiger Erfolg, daß die CDU auch in den neuen Ländern mit Abstand stärkste Partei geworden ist. Es wurde sogar etwas möglich, was gänzlich ausgeschlossen schien: daß das beste Wahlergebnis für die Union in einem deutschen Bundesland in Sachsen erzielt wurde.

Bei aller schwesterlichen Gemeinsamkeit mit unseren Freunden von der CSU: Es tut doch mal ganz gut, daß wir bei einer Landtagswahl noch besser abgeschnitten haben als unsere Freunde in Bayern.

Wichtig ist für uns ebenfalls — auch das war überhaupt nicht selbstverständlich —, daß die Differenz bei den Stimmabgaben zwischen dem Gebiet der alten Bundesrepublik und den neuen Ländern nur gering ist. Das sagt etwas aus über unsere Integrationskraft auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands. Natürlich bleibt noch viel zu tun. Aber wahr ist, daß wir auch insofern eine wichtige Wegmarke bewältigen konnten.

Und so gilt mein Dank all denen, die geholfen haben: den Wahlkämpfern überall vor Ort, den Amts- und Mandatsträgern, den Kandidaten im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden, nicht zuletzt auch unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen ich besonders herzlich danken möchte. Ohne sie wäre dieser Wahlkampf so nicht möglich gewesen.

Stellvertretend für alle will ich unseren Generalsekretär, Peter Hintze, und unseren Bundesgeschäftsführer, Hans-Joachim Reck, nennen.

Lieber Peter Hintze, das ist auch eine Stunde der Freude und des Stolzes für Sie und unsere Männer und Frauen im Konrad-Adenauer-Haus. Was ist vor dieser Wahl nicht alles an skeptischen Dingen geschrieben worden. Und dann ist es sehr gut gegangen. Da es ja üblich ist, daß der Sieg viele Väter, die Niederlage aber nur wenige hat, will ich Sie hier ganz besonders ansprechen und Ihnen danken. Mit großem Einsatz, mit viel Intelligenz und Klugheit und mit sehr viel Engagement ist dieser Wahlkampf auch im Konrad-Adenauer-Haus geführt worden. Dafür herzlichen Dank!

Ich will neben der Arbeit der vielen Freunde noch die Mitarbeit unserer Mitglieder — Männer und Frauen — in der Bundestagsfraktion hervorheben, die an diesem Wahlkampf einen besonderen Anteil hatten. Und hier nenne ich für alle Wolfgang Schäuble, der in einem unglaublichen persönlichen Einsatz zu diesem Wahlsieg beigetragen hat.

Unser Erfolg beweist, daß man Wahlen nicht mit Verzagttheit und Larmoyanz, sondern mit Zuversicht und mit Kampfgeist gewinnt, daß es wichtig ist, zu den Menschen zu gehen, sie vor Ort anzuspre-

chen, daß eben nicht Pessimismus und Miesmacherei, sondern der Glaube an die eigene Kraft und realistischer Optimismus den Erfolg bringen.

Damit wir nicht aus der Übung kommen, werden wir im nächsten Jahr — hoffe ich — so weitermachen, und zwar im Mai in Nordrhein-Westfalen mit dem Spitzenkandidaten Helmut Linssen. Lieber Helmut Linssen, über 40 Prozent für die Union bei den Bundestags- und Kommunalwahlen, das ist eine gute Ausgangsposition. Ich finde, Nordrhein-Westfalen hat auch endlich eine andere Regierung verdient.

Dann folgt im September Bremen mit unserem Spitzenkandidaten Ulrich Nölle. Bremen ist ein kleines Land und eine alte sozialdemokratische Hochburg, aber, meine Damen und Herren, das muß nicht so bleiben. Wir müssen alles tun, um den Bremern zu helfen, daß jetzt dort eine Änderung eintritt.

Unterstützung für Linssen, Nölle, Dieppen und Kanther

Im Oktober verteidigen wir in Berlin mit Eberhard Dieppen die Führung des Senats. Berlin ist nicht irgendeine Stadt, sondern Berlin ist die Bundeshauptstadt, und es ist entscheidend, daß diese Stadt geprägt wird von Christlichen Demokraten. Deshalb, Eberhard Dieppen: Jede Unterstützung bei dieser Wahl.

Wir haben Manfred Kanther bereits herzlich begrüßt. Er hat als nächster die Aufgabe, mit den Freunden in Hessen in die Wahlschlacht am 19. Februar zu gehen. Wir haben dort gute Chancen, und ich hoffe, alle denken daran, daß die Chancen so bleiben; denn unsere hessischen Freunde haben ja oft genug in der Geschichte darunter gelitten, daß die Sache gut anfing, und dann ein Rauhref aus Bonn und anderswo dazwischen kam.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, daß die Großwetterlage gut bleibt und daß wir gemeinsam in Hessen in den Wahlkampf ziehen, um dort die Veränderung, die dringend notwendig ist, zu erreichen. Alles Gute auf diesem Weg, Manfred Kanther.

Der Wählerauftrag ist klar. Die Koalition der Mitte aus CDU, CSU und FDP ist bestätigt worden; gewiß mit einer knappen, aber mit einer ausreichenden Mehrheit. Sie ist bestätigt worden für die Legislaturperiode von 1994 bis 1998. Das heißt: Der jetzt amtierende Bundestag wird ganz knapp an die Jahrhundert- und Jahrtausendwende heranführen. Das, was jetzt in diesen vier Jahren in Deutschland zu geschehen hat und was wir mit dem Motto des Parteitag — „Deutschland erneuern — Zukunft sichern“ — deutlich machen wollen, das ist entscheidend für den Beginn des 21. Jahrhunderts.

Wir wollen diesen Weg gemeinsam mit den Kollegen der FDP gehen, wir wollen loyale, gute Partner in der Koalition sein, aber wir wissen auch, daß die FDP selbst ihren Beitrag leisten, ihre Stimmen bringen muß, wenn diese Koalition erfolgreich sein will.

Die Koalitionsvereinbarung und die Regierungsbildung waren in kürzester Zeit in einer ungewöhnlich guten, kameradschaftlichen Atmosphäre möglich. Das, was wir vereinbart haben, gilt und wird eingehalten. Die Regierungserklärung, die ich am vergangenen Mittwoch im Bundestag abgeben konnte, stand unter dem Thema „Aufbruch in die Zukunft — Deutschland gemeinsam erneuern“. Dies ist das Thema, das wir uns als CDU vorgenommen haben.

Ich darf Sie darauf verweisen, daß Sie in Ihren Unterlagen den Text der Regierungserklärung vorfinden, weil ich heute — auch wegen der Kürze der Zeit — nicht die Absicht habe, alles noch einmal vorzutragen, was ich am vergangenen Mittwoch vortragen konnte.

Das Arbeitsprogramm für die neue Legislaturperiode trägt unsere Handschrift. Die Schwerpunkte sind die Schwerpunkte unserer Arbeit, um die Zukunft Deutschlands zu sichern und Deutschland zu erneuern. Wenn wir in die Zukunft aufbrechen wollen, müssen wir es jetzt tun, denn wir werden nicht allzuviel Zeit haben. Vier Jahre, das ist eine kurze Zeit. Die Botschaft dieser Regierungserklärung heißt aus meiner Sicht: Umdenken und erneuern in allen Bereichen.

Umdenken und erneuern

Wir wollen, daß das, was sich in unserer Republik bewährt hat, was unsere Handschrift seit Jahrzehnten trägt, auch von uns leidenschaftlich verteidigt wird. Wir haben nicht die Absicht, dem Zeitgeist nachzulaufen. Wir wollen eine Gesellschaft und einen Staat, in dem der Freiheitsraum für den einzelnen nicht nur erhalten, sondern erweitert wird. Wir trauen den Kräften der Gesellschaft mehr zu als öffentlicher Bürokratie. Wir wollen umdenken und erneuern — auch in unserer Partei. Das ist vor allem ein Thema für den heutigen Tag.

Mit einem Wort: Wir wollen unsere Bundesrepublik Deutschland, das wiedervereinigte Deutschland, fit machen für die Zukunft.

Wer von uns in diesen Tagen seinen Blick über die deutschen Staatsgrenzen hinaus lenkt, ob in die Vereinigten Staaten, ob nach Rußland, ob in unsere unmittelbare Nachbarschaft, der weiß, daß es in diesen

Ländern viele schwierige Entwicklungen gibt und daß immer mehr Menschen in weiten Teilen der Welt ihre Hoffnung auf eine stabile Bundesrepublik Deutschland setzen. Eine stabile Bundesrepublik Deutschland, dafür steht die Union; wir müssen einen entscheidenden Beitrag zu dieser Stabilität leisten.

Schritte in die Zukunft

Aber Stabilität heißt nicht Stillstand. Stabilität heißt die Fähigkeit, auf der einen Seite die Statik unserer Republik zu sichern, aber auf der anderen Seite auch mit kräftigen Schritten in die Zukunft zu gehen. Wenn wir, CDU und CSU, den Anspruch erheben, die politische Führung weit über das Jahr 1998 hinaus wahrzunehmen, dann haben wir uns damit ungewöhnlich viel vorgenommen. Das spricht sich in einer solchen Rede leicht aus, aber es ist eine gewaltige Herausforderung an jeden von uns, und ich finde, wir sollten uns darüber im klaren sein, daß wir dieses Ziel anstreben und daß jeder von uns seinen Beitrag zu leisten hat, um dieser Herausforderung gerecht zu werden.

Wir haben vieles zu bewegen. Ich will nur drei Themen kurz ansprechen: die Entwicklung unserer Wirtschaft und damit die Frage der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze; die Entwicklung im Bereich von Forschung und Technologie; und dann eine Grundfrage, die das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft ganz wesentlich betrifft, nämlich die Frage nach der Stellung von Familien mit Kindern in unserer Gesellschaft: Wie können wir sie unterstützen, wo können wir zu ihren Gunsten neue Prioritäten setzen? Wir haben eine gute Konjunkturentwicklung. Wir werden in diesem Jahr rund 3 Prozent Zuwachsrate des Bruttosozial-

produkts erreichen — eine Zahl, die vor kurzer Zeit noch als völlig undenkbar galt. Wenn Sie die neuesten Berechnungen der OECD oder der Europäischen Union sehen, werden Sie feststellen, daß die Bundesrepublik Deutschland — noch vor wenigen Monaten hätte man für eine solche Aussage Hohn und Spott geerntet — nicht nur im Jahre 1994, sondern auch im Jahre 1995 eine gute Chance hat, den Kriterien des Maastricht-Vertrags für eine Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion gerecht zu werden.

Dennoch gibt es keinerlei Grund zur Entwarnung. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich die Welt auch im Ökonomischen dramatisch verändert hat, daß wir ein Stück Konkurrenzfähigkeit verloren haben. Wir dürfen jetzt nicht an mehr Freizeit denken, sondern es gilt, Zukunft zu sichern durch Umdenken und Neufestsetzen von Prioritäten.

Wir haben dabei im Blick auf den Arbeitsmarkt eine ganz besondere Verantwortung gegenüber denen, die von diesem Schicksal besonders betroffen sind. Ich nenne die Langzeitarbeitslosen, die gerne arbeiten möchten, deren Chancen aber geringer werden, vor allem dann, wenn sie das 50. Lebensjahr überschritten haben. Ich nenne die Schwerbeschädigten, die vielfach an den Rand gedrängt werden, genauso wie Behinderte.

„Arbeit für alle“ — das kann keine demokratische Regierung der Welt allein leisten. Es geht um eine Gemeinschaftsanstrengung, und dabei muß natürlich auch die Politik ihren Beitrag leisten. Ich bin trotz aller Schwierigkeiten zuversichtlich, denn in den 80er Jahren, von 1983 bis 1990, haben wir schon einmal in einer schwierigen Situation in der alten Bundesrepublik

über 3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist heute nicht leichter geworden, aber es wird wiederum möglich sein, Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, wenn wir zu einer wirklichen Gemeinschaftsanstrengung kommen.

Wenn ich jetzt — ohne alte Modelle wieder aufleben zu lassen — die Absicht habe, mit den Gewerkschaften, mit der Wirtschaft, mit all denen, die dazu einen Beitrag leisten können, Gespräche zu führen, so bin ich dankbar, daß — von den Gewerkschaften angefangen bis hin zum Unternehmerbereich und zu vielen anderen — eine große Bereitschaft dazu besteht.

Wenn es wirklich möglich ist, einmal die Gräben vergangener ideologischer Grabenkämpfe zu überwinden und sich zusammzusetzen, werden wir auch im Blick auf die Arbeitslosigkeit zwar nicht schnelle, aber vernünftige Lösungen entwickeln können. Ich bin dazu bereit!

Motor Mittelstand

Dazu gehört auch, daß wir Ja sagen zum Industriestandort Deutschland, den wir sichern müssen, den wir erneuern müssen. Das heißt, daß wir wieder ein normales, ein vernünftiges Verhältnis zu Zukunftstechnologien, zum Energiemix einschließlich der Kernenergie entwickeln und uns einer Verteufelung etwa der Gentechnologie und vieler anderer Bereiche widersetzen. Wir werden die Bundesrepublik nicht in eine gute Zukunft führen können, wenn der Industriestandort Deutschland nicht seine Anziehungskraft behält, wenn er nicht in einer veränderten Welt neuen Glanz gewinnt.

Aus unserer Überzeugung — hier sind wir alle mit Stolz nicht zuletzt

Schüler Ludwig Erhards — wissen wir, daß Soziale Marktwirtschaft ohne den Motor des Mittelstandes — im weitesten Sinne des Wortes — nicht denkbar ist.

Deswegen ist es wichtig — wir haben das ja in vielfältiger Form im Arbeitsprogramm für die neue Legislaturperiode deutlich gemacht —, daß ein neuer Ruck durch unser Land geht, daß der Wille zur Selbständigkeit ganz wesentlich vorgebracht wird: mit mehr gesellschaftlicher Anerkennung für jene, die das Wagnis der Selbständigkeit eingehen, die Arbeitgeber werden und damit für sich und für andere neue Beschäftigung schaffen. Wir brauchen jetzt, in den 90er Jahren, wie schon einmal in den 50er Jahren einen neuen Aufbruch zu mehr Selbständigkeit in Deutschland, und dem muß unsere Politik in vielen Bereichen dienen.

Wir wollen auch darauf achten, daß viele neue Chancen für Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich eröffnet werden. Ich brauche nur an das Beispiel der Pflege zu erinnern. Wir müssen wirklich fähig sein, von doktrinärem Verhalten wegzukommen, etwa bei den Arbeitszeiten. Wir brauchen auch dort mehr Flexibilität. Im Bereich der Teilzeitarbeit muß wirklich das umgesetzt werden — und zwar schnell —, was ja möglich ist, wenn wir nur wollen. Dabei dürfen wir nicht schon wieder damit beginnen, zu sagen: Aber Teilzeitarbeit ist doch nur eine Sache für Frauen; für Männer kommt die nicht in Frage. — Damit würde das Ziel, das wir ansteuern müssen, genau verfehlt.

Wir brauchen die Chance zu mehr Vereinbarkeit von Arbeitswelt und Familie, und das ist wichtig für Männer und für Frauen!

Wir wollen die Verantwortungsbereiche des Staates einerseits und der Wirtschaft und Gesellschaft andererseits respektie-

ren. Wir brauchen aber Gemeinsamkeit beim Abbau bürokratischer Hemmnisse. Das Standortverbesserungsprogramm muß greifen. Es ist in vielen Bereichen ja bereits auf einem guten Weg. Wir sind und bleiben, gerade weil wir keinen Nachwächterstaat wollen, der Überzeugung, daß es vor allem die Aufgabe unseres Staates sein muß, die innere und die äußere Sicherheit des Bürgers zu schützen. Das muß wieder deutlich werden.

Ich sehe Hans Katzer hier sitzen. Das erinnert mich an manche Redeschlacht damals zu Ludwig Erhards Zeiten. Für uns war der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Stabilität und Sicherheit immer klar.

Deswegen geht es uns heute überhaupt nicht um einen Abbau, sondern um einen Umbau des Sozialstaates. Was viele Kritiker vergessen, ist, daß das soziale Klima Deutschlands eine der besten Standortvoraussetzungen ist, die die Deutschen in den Wettbewerb einbringen können.

Erfindungen vermarkten

Wenn wir vom Umbau des Sozialstaates reden, meinen wir damit vor allem eine Konzentration der Leistungen auf die wirklich Bedürftigen. Wenn wir von Forschung und Entwicklung sprechen, denken wir vor allem daran, daß die Bundesrepublik Deutschland ein rohstoffarmes Land ist und daß der Rohstoff „Geist“ und die Intelligenz bei uns intensiv genutzt werden müssen.

Deswegen brauchen wir auch in diesem Bereich einen wirklichen Aufbruch in die Zukunft. Deutschland muß wieder ein erstklassiger Erfinderstandort werden — aber nicht nur ein Standort für Erfindungen, sondern auch für die Vermarktung dieser Erfindungen. Sie alle kennen die

für uns zum Teil alarmierenden Entwicklungen in der Mikroelektronik und in anderen Bereichen, auch in der Chemie.

Ich könnte hier viele Beispiele aufführen. Wenn zwischen Erfindung und Markteinführung eines neuen Produkts 10 bis 15 Jahre liegen, dann müssen wir jetzt alles tun, um zu mehr neuen Entwicklungen und zu schnellerer Markteinführung zu kommen. Dort, wo Genehmigungen hemmend wirken, müssen wir die Genehmigungsfristen entscheidend verkürzen. Es ist absurd, daß andere große Industrienationen die Verwirklichung von Projekten in einem Drittel der Zeit, die hier bei uns benötigt wird, schaffen. Hier verspielen wir ein Stück Zukunft.

Wenn wir leidenschaftlich für technischen Fortschritt, für wissenschaftliche und technologische Entwicklung eintreten, so tun wir das selbstverständlich mit dem Augenmaß, das christlichen Demokraten geziemt. Wir wissen als CDU, daß nicht alles getan werden darf, was technisch machbar ist und getan werden kann. Wir müssen uns und unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aber auch fragen, ob wir schon alles können, was nötig ist, um den Hunger in der Welt zu stillen, die Umwelt zu schützen und die Zukunft zu sichern.

Zukunftsorientierung zeigt sich auch in der Einstellung unseres Volkes zu den eigenen Kindern. Wer Kinder erzieht, erbringt unverzichtbare Leistungen für unsere Gemeinschaft. Er legt Fundamente für die Gesellschaft von morgen. Deswegen muß noch mehr als in der Vergangenheit — wir haben in diesem Bereich schon Großes geleistet — deutlich werden:

Die CDU ist die Partei der Familien, die Anwältin einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft, die der Hilfe für Eltern und Allein-

erziehende Vorrang einräumen will. Dazu sind wir auf allen Ebenen gefordert — in der Kommunalpolitik genauso wie in der Landes- und der Bundespolitik.

Wenn wir bei knappen Finanzmitteln leidenschaftlich über die Durchsetzung des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz diskutieren, möchte ich schon auf folgendes hinweisen: Wenn wir die Prioritäten neu setzen, werden wir auch hierfür Wege finden. In vielen deutschen Gemeinden wird manches gemacht, was zwar schön und gut ist, aber nicht so wichtig wie Kindergartenplätze.

Ich will es ganz einfach sagen, wie ich es empfinde — und Sie hoffentlich auch — bei allem, was wir in der Vergangenheit getan haben und worauf wir stolz sein können, müssen wir noch deutlicher sagen, daß Kinder in Deutschland absolut Vorfahrt haben müssen. Das muß ein Kernziel unserer Arbeit sein.

Schwere Aufgabe für Töpfer

Das muß auch bei knapper Kasse umgesetzt werden. Gerade Klaus Töpfer hat in diesem Zusammenhang eine schwierige Aufgabe übernommen. Er wird sie, wie immer, bravourös erfüllen. Es geht nicht nur um den Umzug Bonn-Berlin und um das, was wir für beide Städte tun wollen. Der Beschluß hat schließlich zwei Teile, und beide Teile des Beschlusses sowie die damit verbundenen Verpflichtungen gelten. Es geht auch und vor allem um familienfreundliches Wohnen. Es geht um bezahlbare Wohnungen in Ballungsräumen für Familien mit Kindern. Solche Wohnungen zu finden ist eine der größten Schwierigkeiten für Familien in deutschen Großstädten.

Es geht um einen neuen Anfang im Eigenheimbau für Familien mit Kindern.

Paul Lücke hat in den 50er Jahren, in einer schwierigen Zeit, die nicht vergleichbar mit den heutigen Verhältnissen ist, mit Unterstützung der Union Großes vollbracht. Wir sollten jetzt unserem Freund Klaus Töpfer helfen, wiederum Großes auf diesem Gebiet zu schaffen. Das ist wichtig, um Zukunft lebenswert gestalten zu können.

Neben dem, was sonst noch geschehen muß — ich nenne die Verbesserung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes — wollen wir vor allem eines erreichen: daß ein familien- und ein kinderfreundliches Klima zum Kennzeichen für die Bundesrepublik Deutschland der Zukunft wird. Wir wollen das Bewußtsein dafür schärfen, daß überschaubare Lebenskreise das menschliche Gesicht unseres Landes prägen.

Die Gestaltung der nächsten Jahre wird und muß vor allem eine Aufgabe der Union sein. Wenn Sie in das Lager der Opposition sehen, erkennen Sie, wie schwer sich die Sozialdemokraten damit tun, ihre Konzepte von gestern an die Entwicklung von heute und morgen anzupassen.

Wer den Beginn der neuen Legislaturperiode im Deutschen Bundestag erlebt hat, der sieht, daß die Sozialdemokraten drauf und dran sind, flankiert von PDS und GRÜNEN, immer stärker einen Kurs nach links einzuschlagen, der dieser Republik nicht guttun wird. Ich habe keine Freude an dieser Entwicklung. Wir haben keinen Grund, über das erfreut zu sein, was sich jetzt zwischen Sozialdemokraten und PDS abspielt.

Der schon nach nur wenigen Wochen von seinem Amt zurückgetretene Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt hat alle unsere Befürchtungen bestätigt. Er hat

erklärt: Die Regierung dort gerät in immer größere Abhängigkeit von der kommunistischen PDS. Viele haben noch nicht begriffen, wie grundlegend sich die politische Szenerie in Deutschland durch die Entscheidungen in Magdeburg verändert hat.

Ich habe es in den Wochen des Wahlkampfes immer wieder gesagt: Ich erinnere mich noch genau an Kurt Schumacher, wie er bei einer großen Kundgebung im Jahre 1947 in Mannheim als großer deutscher Demokrat auf Grund der Erfahrungen von Weimar mit Leidenschaft davor gewarnt hat, noch einmal politische Geschäfte mit den Feinden der Republik von rechts und links zu machen.

Das war eine Art Schwur, den wir alle damals in den demokratischen Parteien geleistet haben. Wir bleiben dabei: Mit Rechts- und Linksradikalen gibt es keine Gemeinsamkeiten!

Wir werden diesen Kampf, wo immer notwendig, mit großer Entschiedenheit und ohne Zurückweichen führen.

Wenn ich das so entschieden sage, schließt das auch ein — so haben wir immer unsere Aufgabe als Demokraten verstanden —, daß wir links- und rechtsradikale Parteien, ihre Programmatik, ihre Kader — das Wort ist hier wirklich am Platz — bekämpfen, daß sich aber unser Kampf nicht gegen deren Wähler richtet. Vielmehr muß unser Ziel sein, diese Wähler von rechts und links zu den demokratischen Parteien zurückzuholen. Das war immer unsere Aufgabe.

Wir werden uns, wie ich schon ankündigte, auf dem Parteitag im Herbst nächsten Jahres, der sich nach den vielen Wahlkämpfen dieses Jahres vor allem nach innen richtet, intensiver mit diesen Fragen beschäftigen.

Im Sommer 1995 haben wir ein Ereignis, das wir in würdiger Weise begehen wollen: Die Christlich Demokratische Union wird 50 Jahre alt, ein halbes Jahrhundert. Dieses halbe Jahrhundert ist auch dadurch gekennzeichnet, daß es die längste Friedenszeit der jüngeren deutschen Geschichte ist.

Unsere Christlich Demokratische Union ist am 26. Juni 1945 in Berlin gegründet worden. Das war wenige Wochen nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945.

Wenn Sie die Lebenswege der Männer und Frauen auf sich wirken lassen, die damals unsere Partei gründeten, dann werden Sie feststellen, daß unsere Wurzeln in der Gegnerschaft zu jeder Form totalitärer Diktatur liegen. Andreas Hermes war in einem der letzten Prozesse des Blutrichters Roland Freisler noch im Januar 1945 zum Tode verurteilt worden. Wenig später wurde er der erste Vorsitzende des, wie es damals hieß, Reichsverbands der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Hier in der Nachbarschaft, im Kloster Walberberg, traten die Gründer aus dem rheinischen, aus dem Kölner Raum zusammen, zu denen einige Zeit später Konrad Adenauer, der dann Gründungsvater der Republik wurde, hinzukam.

In der Stunde Null

Wir sollten uns immer wieder bewußt machen, was es bedeutet hat, daß diese Männer und Frauen in einer wirklichen Stunde Null unseres Landes — als viele kaum mehr eine Perspektive sahen, als noch bei manchem unserer früheren Kriegsgegner darüber nachgedacht wurde, ob man nicht zum Beispiel das Ruhrgebiet zu einer Agrarlandschaft

machen sollte — gemeinsam mit vielen anderen Demokraten in anderen Parteien nach vorn geblickt und gesagt haben: Wir tun unsere Pflicht.

Ich möchte mir selbst und uns allen wünschen, daß uns an manchen Tagen der Verzagtheit, wenn wir uns darüber streiten, ob der Verzicht auf einen Feiertag oder einen Ferientag für die Sicherung der Pflege im Alter notwendig ist, wieder einmal bewußt wird, was wirklich wichtig in unserem Land ist.

Wenn ich das sage, dann ist das keine Nostalgie. Aber ein Volk, das seine Geschichte nicht kennt, begreift nicht die Gegenwart und kann keine Zukunft gestalten. So einfach ist die historische Binsenwahrheit, und sie gilt auch für eine Partei.

In Erinnerung rufen

Wenn wir jetzt im Sommer eine Ausstellung auf den Weg bringen wollen — ich hoffe, das wird eine gute Sache —, die wir durch Deutschland ziehen lassen, in der etwas sichtbar wird von unserer Geschichte, in der die großen Namen wieder in Erinnerung gerufen werden — ich habe Andreas Hermes genannt; ich könnte Jakob Kaiser nennen; ich könnte aus jeder Landschaft in Deutschland Repräsentanten nennen —, dann ist das doch auch als Verpflichtung für uns gedacht, daß wir nicht in den Tag hinein leben, sondern daß wir uns in der Stille, von der Prälat Bocklet heute früh hier im Saal sprach, auf die Kraft besinnen, aus der unsere Sache, unsere Ideengemeinschaft, entstanden ist.

Wir haben in diesen fünf Jahrzehnten die zweite deutsche Demokratie entscheidend geprägt, andere mit uns. Es ist kein Mangel an Demut,

wenn wir sagen: Wir dürfen stolz sein auf unseren Beitrag in diesen Jahrzehnten.

Wir wollen doch nicht zulassen, daß die falschen Propheten durch das Land laufen und diesen Beitrag immer mehr zu verfälschen suchen. Das war unser Beitrag, unverwechselbar ein Beitrag Christlicher Demokraten in Deutschland.

Diese CDU hat einen ganz entscheidenden Beitrag zur Integration geleistet. Es ist doch auf einem Parteitag wie dem heutigen überhaupt nicht mehr vorstellbar, daß, wie noch in den 50er und 60er Jahren, nicht nur in den Couloirs, sondern sogar am Rednerpult darauf hingewiesen wird: Wir müssen besonders darauf achten, daß wir in diesem oder jenem Gremium einige evangelische oder katholische Christen mehr brauchen. Es ist heute auch nicht mehr vorstellbar, daß genau der Konfessionsproporz berechnet wird, und zwar nicht nur bei Oberkirchenräten und Domkapitularen, sondern auch bei uns in der Partei.

Wir sind längst — im besten Sinne dessen, was Papst Johannes XXIII. als „Aggiornamento“ bezeichnet hat — weitergegangen. Wir haben erfahren, was gemeinsames Leben zwischen evangelischen und katholischen Christen an Gewinn für uns alle bedeutet. Ich finde, das gehört mit zum Besten, was wir in diesen Jahrzehnten insgesamt auch für das Ganze des Landes leisten konnten.

Wir haben in der Union die Gemeinsamkeit der verschiedensten Berufsgruppen als ein klares Gegenmodell zum Klassenkampf früherer Zeiten, aus dem nie Gutes erwachsen ist.

Natürlich klemmt es noch im Alltag. Natürlich setzen z. B. Mittelstandsverei-

nigung und Sozialausschüsse unterschiedliche Akzente. Wieder andere überlegen: Wo ist die Mehrheit, und wie arrangieren wir uns mit dieser oder jener Gruppe? Auch das ist Alltag in unserer Partei.

Aber solange es in dieser Partei möglich ist, auf Grund unserer gemeinsamen Überzeugungen als Christliche Demokraten — gleich welcher sozialen oder landmannschaftlichen Gruppe wir angehören — auch gemeinsame Ziele zu verfolgen, leisten wir einen gewaltigen Integrationsbeitrag für das Ganze des Landes. Wir sollten nur mehr darüber sprechen, weil das viele überhaupt noch nicht zur Kenntnis genommen haben.

Farbenpracht der Völker

Da ist auch die Zusammenarbeit der Menschen aus den verschiedensten Regionen. Wir erleben jetzt doch — ich finde, das ist eine der glücklichsten Erfahrungen der jüngsten Zeit —, wie diese im besten Sinne des Wortes alten, guten Traditionen der einzelnen deutschen Landschaften wieder aufblühen. Ich habe eben von Sachsen gesprochen; genauso gilt das von Mecklenburg-Vorpommern, von Brandenburg, von Sachsen-Anhalt und von Thüringen. Da ist etwas wieder lebendig geworden, das seine Wurzeln in der deutschen Geschichte hat und das wir in die europäische Einigung einbringen wollen.

Denn wir wollen nicht eine öde Einheitsfarbe in Europa. Wir wollen die Farbenpracht der Völker, und zu der Farbenpracht unseres Volkes gehören auch die prächtigen Farben einzelner Landschaften in Deutschland.

Zur Idee der Union gehört auch die Gemeinsamkeit der Generationen. Ob

nun Junge Union oder Senioren-Union: Beides ist für uns von allergrößter Wichtigkeit. Beides bedeutet, daß wir aufeinander hören und Rücksicht nehmen, daß wir zum einen Lebenserfahrung respektieren und Achtung vor einem zurückgelegten Weg haben und zum anderen bereit sind, uns von den Träumen und der Dynamik der Jungen in unserer Partei mitreißen zu lassen.

Wenn wir das gemeinsam tun, dann sind wir die eigentliche Volks- und Bürgerpartei der Deutschen. Das setzt aber voraus, daß wir fähig sind, Verkrustungen aufzubrechen, die im Laufe der Zeit entstehen, daß wir auch fähig sind zur Selbstkritik. Wir müssen uns immer wieder fragen: Ist der eingeschlagene Weg richtig?

Wir sollten auch zugeben, daß wir Fehler gemacht haben. Was für Menschen wären wir eigentlich, wenn wir keine Fehler machen würden? Entweder wären wir Heuchler, oder wir hätten überhaupt nichts vollbracht. Da wir viel vollbracht haben, haben wir auch Fehler gemacht. Ich schließe mich ausdrücklich in dieses Bekenntnis mit ein.

Weil das so ist, sollten wir eine solche Haltung in unserem Lebens- und Arbeitsumfeld auch zeigen. Dazu gehören mehr Zivilcourage und Mut. Natürlich weiß ich, daß ich dies in meinem Amt leichter aussprechen kann als ein CDU-Mitglied, das morgens um sechs zur Schicht in die BASF in Ludwigshafen geht, in ein Umfeld, in dem nicht alle sagen: die CDU — das sind die Größten. Was er zu hören bekommt, ist an manchen Tagen schwer zu ertragen. Aber jetzt kann er sagen: Wir sind zwar nicht die Größten, aber wir haben die Wahl gewonnen. Wir haben sie gemeinsam gewonnen, und das ist eine gute Sache.

So verstanden — ich habe es oft gesagt; ich wiederhole es aus gutem Grund —, ist eine politische Partei, und schon gar eine Partei wie die Union, eben nicht irgendeine Interessenorganisation, sondern vor allem politische Heimat, in der wir gemeinsam Zukunft gestalten können.

Es stellen sich immer wieder Herausforderungen, wie auch heute mit der Frage nach einer größeren Teilhabe von Frauen an der Arbeit unserer Partei. Manche in der veröffentlichten Meinung sind der Ansicht, dies sei das wichtigste Thema überhaupt. Es ist zwar ein wichtiges Thema, worüber wir heute diskutieren, aber das wichtigste ist es nicht. Das Wichtigste ist: Wir haben die Wahl gewonnen und wollen die nächste wieder gewinnen. Das ist das Wichtigste überhaupt.

Aber zu den Defiziten, zu denen wir uns einfach bekennen müssen, gehört die Erkenntnis, daß wir 1985 in Essen auseinandergegangen sind, nachdem wir uns gegenseitig geschworen haben, etwas tun zu wollen, um unser Defizit bei der Heranziehung von Frauen in wichtigen Bereichen abzubauen. Wir haben viel diskutiert, geschehen ist manches, aber viel zu wenig, um es klar und deutlich zu sagen.

Sie wissen: Ich gehörte lange zu denjenigen, die sagten: Appelle genügen. Ich gestehe heute hier klar und deutlich: Ich bin mit meiner Meinung — andere vertreten sie auch — gescheitert. Mit den Appellen sind wir nicht weitergekommen.

Deshalb bitte ich Sie herzlich, bei dieser Frage den Versuch zu wagen, heute zu einer Beschlußempfehlung zu kommen, die eine Alternative aufzeigt, welche in den nächsten Monaten in allen Gliede-

rungen der Partei mit dem Ziel diskutiert wird, auf dem Parteitag im Herbst 1995 zu entsprechenden Entscheidungen und Bestimmungen zu kommen. Das heißt: Wir wollen die Sache heute auf den Weg bringen. Ich bin völlig offen — übrigens der Generalsekretär, der hier Wesentliches geleistet hat, genauso — gegenüber weiteren und besseren Vorschlägen. Nur, in bezug auf eines bin ich überhaupt nicht offen: daß wir hier wieder hinausgehen und sagen, es bleibe so, wie es war. Dies ist für die Zukunft nicht erträglich.

Veränderte Bedingungen

Wie alle demokratischen Parteien müssen wir uns den veränderten Bedingungen in Deutschland stellen, auch einem völlig veränderten gesellschaftlichen Umfeld. Für die Christlich Demokratische Union ist es wichtig, daß wir zur Kenntnis nehmen, wie sich die konfessionelle Landschaft in Deutschland verändert hat. In den 50er Jahren war es fast selbstverständlich, daß sich eine riesige Mehrheit der Menschen in Deutschland, in der alten Bundesrepublik, zu einer der beiden großen Kirchen bekannte. Heute ist es jeweils nur ein starkes Drittel, das sich zum evangelischen Glauben bekennt; ein etwas schwächeres Drittel bekennt sich zum katholischen Glauben. Ein knappes Drittel der Bürgerinnen und Bürger gehört keiner Konfession an.

Ich möchte heute zu diesem Thema keine detaillierten Ausführungen machen. Aber eines ist doch klar: daß diese Veränderung der Lebenswirklichkeit für die Christlich Demokratische Union Deutschlands Bedeutung hat, daß wir bei vielem selbstverständlich nicht mehr mit dem Konsens rechnen können, von dem wir in den 50er

Jahren, zur Adenauer-Zeit, weitgehend selbstverständlich ausgegangen sind.

Wir haben — ob es uns paßt oder nicht — eine Abnahme an Bindungsbereitschaft festzustellen. Das trifft alle großen Organisationen: die Parteien, die Kirchen, die gesellschaftlichen Verbände. Wir haben Mitgliederverluste zu verzeichnen, andere auch. Wenn Sie die Zahlen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund für die letzten drei Jahre genannt hat, zur Kenntnis nehmen, dann wissen Sie das.

Wenn Sie die Zahlen der Kirchen zur Kenntnis nehmen, wissen Sie es. Die Arbeitgeber sind so vornehm, daß sie die Zahlen nicht bekanntgeben; aber es ist dort keinen Deut anders. Das ist die Wirklichkeit unseres Landes.

Auf die Menschen zugehen

Wir haben eine gewaltige Zunahme der Zahl der Single-Haushalte zu verzeichnen, und zwar bei jungen wie auch bei älteren Menschen, vor allem mit dem Ergebnis von mehr Einsamkeit, gerade in der älteren Generation. Es ist schon eine Frage an die Christlich Demokratische Union vor Ort, an die Kreisverbände in der kommunalen Politik: Wie begegnen wir jenen, die nicht primär materielle Not leiden, sondern die ganz einfach einsam geworden sind? Die Zahl derer, die solche Zuwendung brauchen, wird zunehmen.

Das heißt doch, daß wir die tägliche Arbeit der Partei auch daraufhin überprüfen müssen, inwieweit wir bereit und fähig sind, auf Menschen in ihrer konkreten Lebenssituation zuzugehen, mit ihnen zu sprechen — nicht nur, was auch wichtig ist, in Zeiten des Wahlkampfes, son-

dern immer dann, wenn sie Hilfe brauchen.

Eingehen auf Veränderungen der Gesellschaft bedeutet überhaupt nicht, daß wir grundlegende Prinzipien aufgeben. Bewahren und Verändern ist kein Widerspruch; das eine bedingt das andere. Festhalten an unverzichtbaren Grundwerten ist aus unserer Sicht für die Gesellschaft lebensnotwendig. Wir haben es auch im Grundsatzprogramm vom Februar dieses Jahres formuliert. Dort heißt es:

„Das christliche Verständnis vom Menschen ist unser geistiges Fundament und der historische Ausgangspunkt unserer Partei. Zu ihr gehören wertkonservative Gedanken ebenso wie christlich-soziale und liberale Überzeugungen.“

Dieses Programm ist im übrigen das erste gesamtdeutsche Programm einer demokratischen Partei. Ich denke, es ist eine gute Grundlage für die fortdauernde und notwendige Diskussion und auch für die Auseinandersetzung mit anderen, mit politischen Gegnern, mit Freunden und solchen, die wir als Freunde gewinnen wollen, über die Wertgrundlage unseres Staates. Wir, die CDU Deutschlands, müssen neben der Pflicht, Tagespolitik gut und erfolgreich zu gestalten, immer offen sein für eine Diskussion über die Werteentwicklung in unserer Gesellschaft.

Wenn wir diesen Kompaß aufgeben würden, würden wir in eine gefährliche Entwicklung geraten. In der Entwicklung der Parteienlandschaft in Deutschland können Sie sehr wohl Beispiele dafür finden, daß die ausschließliche Hinwendung zur Tagespolitik keine Zukunft verheißt. Deswegen ist diese Debatte von größter Wichtigkeit.

Wie sich die Welt verändert, können Sie auch daran erkennen, daß in der Wertediskussion der Wert Freiheit für viele heute so selbstverständlich geworden ist, daß sie ihn kaum mehr erwähnen.

Frieden und Freiheit

Für viele im Saal, mich eingeschlossen, die Ende der 40er und in den frühen 50er Jahren begannen, Politik mitzugestalten, war es selbstverständlich, „Frieden und Freiheit“ immer in einem Atemzug zu nennen.

Heute bedeutet vielen das zweite Wort, Freiheit, nicht mehr so viel; und das obwohl die deutsche Einheit in Freiheit erst vor wenigen Jahren Wirklichkeit wurde.

Der Frieden, dieses wichtige Gut, war für uns ohne Freiheit immer zuwenig. Es ist unerlässlich, daß diejenigen, die den Frieden sichern, ob im Inneren als Polizeibeamte oder im Äußeren als Soldaten der Bundeswehr, unsere Unterstützung erfahren, und zwar nicht nur verbal, sondern auch draußen vor Ort und jeden Tag.

Es ist wahr: Es gab zwar Empörung über den Satz, daß Soldaten-Mörder sein können. Aber eigentlich hätte ich mir eine ganz andere Reaktion gewünscht. Denn diese Bundeswehr ist die Armee unserer Söhne. Unsere Söhne, die dort zur Verteidigung unserer Freiheit ihren Dienst tun, sind keine Mörder.

Es genügt nicht, wenn ich das hier als Parteivorsitzender sage und Ihren herzlichen Beifall dafür erhalte. Es ist notwendig, daß wir dorthin gehen, wo die Soldaten sind, in ihre Standorte, in ihre Kasernen, und zwar nicht nur bei offiziellen Anlässen.

Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften müssen spüren, daß wir sie als unsere Armee ansehen, daß sie unsere Sympathien und unsere Unterstützung haben. Hier kann man noch sehr viel mehr tun!

Wie wichtig die Verteidigung von Frieden und Freiheit ist, sehen Sie jeden Tag angesichts der Schreckensbilder aus dem früheren Jugoslawien. Die schockierenden Bilder der letzten Tage aus Bihac sind vor unser aller Augen. Das Leiden der dort eingeschlossenen unschuldigen Menschen bedrückt uns zutiefst. Ich habe viel Verständnis für die Empörung derer, die sagen: Das kann so nicht weitergehen. Aber ich will bei allem Verständnis auch klar sagen, daß wir als Deutsche in diesem Zusammenhang in einer sehr schwierigen Position sind. Wenn wir fordern, daß dem Morden und der Zerstörung Einhalt geboten wird, dann müssen wir auch an den Hinweis unserer ausländischen Partner erinnern, daß sie ihre Soldaten dorthin schicken, und wir Deutsche dies aus Gründen, die die Partner respektieren, nicht tun. Dies bitte ich bei aller Kritik nicht ganz zu vergessen.

Wir haben im humanitären Bereich mehr getan als alle anderen. Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren über 400 000 Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten Jugoslawiens aufgenommen — mehr als doppelt soviel wie alle anderen Länder der Europäischen Union zusammen. Im Rahmen der Kontaktgruppe haben wir gemeinsam mit den USA, mit Rußland, Frankreich und Großbritannien unseren Beitrag geleistet, um am Erfolg des Friedensplanes mitzuarbeiten.

Die Entwicklung treibt jetzt auf einen neuen traurigen Höhepunkt zu. Ich hoffe, daß es bei den Gesprächen in dieser Woche und der kommenden Woche beim KSZE-Gipfel in Budapest mit dem ameri-

kanischen, dem französischen und dem russischen Präsidenten und dem britischen Premierminister gelingt, ein Stück weiterzukommen. Was im ehemaligen Jugoslawien geschieht, ist eine Schande für Europa.

Aber es zeigt auch etwas anderes: Der Friede und die Freiheit sind nicht für alle Zeiten gesichert. In Mitteleuropa kann uns nur die politische Einigung Europas vor den bösen Geistern der Vergangenheit bewahren.

Wenn wir die Zukunft erfolgreich gestalten wollen, dann müssen wir vor allem in den grundsätzlichen Fragen Position beziehen. Ich denke an die aktuellen Diskussionen etwa im Zusammenhang mit dem Schutz des ungeborenen Lebens oder an jene in unseren Nachbarländern über ein Recht auf Sterben. Seit dem Ende des Nationalsozialismus waren Eugenik und Euthanasie zu Recht tabu. Ich bin nicht sicher, ob wir uns alle im klaren darüber sind, daß hier eine neue Diskussion auf uns zukommt, bei der Dämme brechen könnten. Die Gefahr, daß die Würde des menschlichen Lebens an seinem Beginn und seinem Ende die Achtung verliert, erfordert von uns eine neue, klare und kämpferische Position.

Dem Spuk entgegentreten

Wenn ich die Entwicklung unserer Gesellschaft betrachte, dann sehe ich auch, daß die Idee des Sozialismus in vielen Köpfen immer noch herumspukt und daß unsere Gegenposition viel stärker und entschiedener vertreten werden muß, nämlich unser Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft als Ordnung, in der persönliche Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung miteinander verbunden sind.

Wir müssen für die geistigen Grundlagen unserer Politik immer wieder von neuem werben. Wir müssen deutlich machen, daß unser Verständnis vom Bild des Menschen und seiner Verantwortung in der Schöpfung der Schlüssel und die Voraussetzung für alles weitere ist.

Wir treten kämpferisch ein für die freiheitliche Demokratie und den Rechtsstaat, für die Soziale Marktwirtschaft, für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft. Wir sind die Partei, mit deren Namen die Einheit Europas und die Einheit Deutschlands ganz selbstverständlich verbunden sind. Aber die von uns jetzt geforderte Integrationsleistung ist heute schwieriger als vor vierzig Jahren, weil das Bewußtsein für den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung abgenommen hat. Bischof Karl Lehmann hat in seiner unvergeßlichen Predigt zu Beginn der Sitzungsperiode des neuen Bundestags im Berliner Dom am 10. November diesen Jahres einen sehr bedenkenswerten Satz gesagt:

„Wenn die Freiheit unbegrenzt und beliebig wird, schlägt sie in eine neue Form der Abhängigkeit um. Wir sind oft im Taumel der Freiheit gefangen und haben zu wenig verstanden, daß zu dieser Freiheit Selbstbeherrschung und Verantwortung gehören.“

Das ist ein Stück des Auftrags, dem wir uns stellen müssen. Wenn wir das gemeinsam tun, haben wir eine großartige Chance, dem gerecht zu werden, was unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger von uns erwarten. Wir wollen und wir brauchen mehr Experimentierfreude und mehr Phantasie auf allen Ebenen unserer Arbeit in der Partei. Öffnung und Offenheit sind keine bloße PR-Maßnahme,

sondern müssen gelebt werden. Wo immer dies geschieht, werden wir auch den Respekt für die Arbeit haben, die wir im Dienste des Ganzen tun.

Die Union ist und bleibt die Partei der deutschen Einheit. Wenn wir von innerer Einheit reden, dann wissen wir aber auch, daß noch viel zu tun ist. Dazu gehört, daß wir die Partei sind, die eine besondere Verpflichtung gegenüber den Opfern des DDR-Regimes und gegenüber denen hat, die die friedliche Revolution in der DDR getragen haben.

Zum Mitmachen einladen

Manche von denen —, das muß uns nachdenklich stimmen —, die 1989 auf den Straßen und Plätzen der damaligen DDR demonstrierten, haben sich zurückgezogen. Dafür gibt es viele Gründe. Aber ich finde, es lohnt sich schon, daß wir immer wieder versuchen, jene, die mutig gegen das SED-Regime standen, aufzufordern, mit uns den Weg in die Zukunft zu gehen. Wir dürfen nicht dulden, was jetzt in Deutschland Konjunktur hat: daß um die Verbrechen des Regimes eine Mauer des Vergessens und des Verschweigens aufgebaut wird.

Eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte eines Volkes, auch unseres Volkes, birgt immer die größte Chance für eine gute gemeinsame Zukunft in sich: Eine ehrliche Auseinandersetzung auch mit der Vergangenheit in der DDR — sie ist nämlich Teil unserer gemeinsamen Geschichte, die wir annehmen haben — ist Voraussetzung für wirkliche innere Einheit und dort, wo dies wichtig ist, auch für Versöhnung. Ich möchte alle einladen, in der CDU mitzumachen, auch jene — das sage ich bewußt —, die sich in der Vergangenheit geirrt haben, die aber bereit sind, ihre Irr-

tümer einzusehen und jetzt in unserer freiheitlichen Gesellschaft mitzuarbeiten, sie mitzugestalten. Wer keine persönliche Schuld auf sich geladen hat, keine Mitmenschen verraten, bespitzelt und beruflich benachteiligt hat, den sollten wir aufordern, mitzutun — so wie wir das in den 50er Jahren schon einmal erlebt haben.

Das Bewußtsein für gemeinsame Herkunft und der Wille zur gemeinsamen Zukunft sind Voraussetzungen für die innere Einheit Deutschlands. Damit das klar ausgesprochen ist: Ich glaube nicht daran, daß wir ohne innere Einheit Deutschlands den notwendigen Beitrag für die innere Einigung Europas leisten können.

Das vereinte Deutschland im vereinten Europa — das ist eine Schicksalsfrage jetzt und in den nächsten Jahrzehnten. Das zu verwirklichen ist nicht einfacher geworden. Sie brauchen nur die Tageszeitungen aufzuschlagen, um zu erfahren, was dieser oder jener in seiner innenpolitischen Not Dummes über die Deutschen sagt, daß so manches dumme Vorurteil wieder revitalisiert wird.

Wir sind das Land, das in der Mitte Europas liegt. Alle politischen und geistesgeschichtlichen Strömungen — von Nord bis Süd, von Ost bis West — gingen und gehen durch unser Land. Wir sind das Land mit der höchsten Einwohnerzahl und der größten Wirtschaftskraft. Wir sind ein Land mit einer schwierigen Geschichte, mit großartigen und entsetzlichen Kapiteln. Viele Menschen in Europa haben Angehörige, die von Deutschen und im Namen Deutschlands geschunden wurden. Das dürfen wir nie vergessen.

Aber wir sind auch das Land, das einen entscheidenden Beitrag zur Freiheitsent-

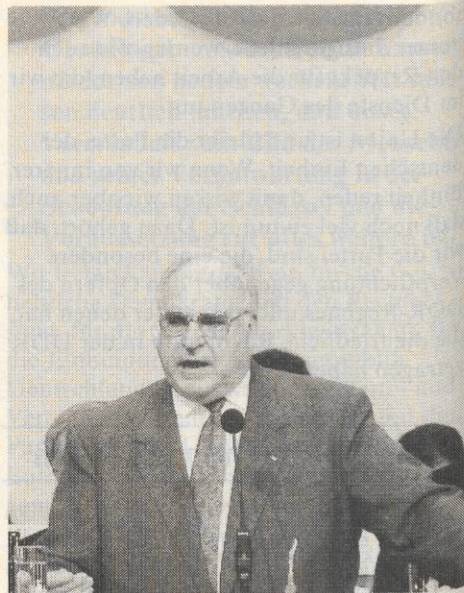
wicklung der letzten Jahrzehnte geleistet hat. Wir sind ein Land, in dem es viel guten Willen gibt, angesichts der Erfahrungen vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte nie mehr zum Nationalstaat alten Musters zurückzukehren.

Was ich als Abiturient 1950 von Konrad Adenauer gehört habe — Sie wissen, ich zitiere das immer wieder —, gilt heute mehr denn je. Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille. Wenn wir die Zukunft in diesem Geist gestalten und auf diese Weise ins 21. Jahrhundert gehen, dann sind das solide Grundlagen für die Zukunft Deutschlands.

Eine Erfolgsgeschichte

Diesen Weg wollen wir als Partei gemeinsam gehen — so wie wir es in den vergangenen 50 Jahren getan haben. Wir müssen die Menschlichkeit, die unsere Gesellschaft prägen soll, immer auch im Umgang untereinander vorleben. Eine Partei wie unsere CDU ist mehr als nur ein Interessenverband. Für die meisten von uns — woher wir auch kommen, welcher Altersgruppe wir auch angehören — ist sie politische Heimat. Wir freuen uns gemeinsam über unsere Siege, und wir leiden gemeinsam an unseren Niederlagen — und beides — Stunden des Triumphes und Stunden bitterer Enttäuschung — haben wir in den vergangenen 50 Jahren ja reichlich erlebt. Aber wenn wir die Gesamtbilanz ziehen, dann war es vor allem eine Erfolgsgeschichte!

Ich bin sicher: Wir haben hervorragende Zukunftschancen, wenn wir mit Mut, mit Sachverstand mit Bescheidenheit und — ich verwende bewusst dieses Wort — mit Demut vor der historischen Aufgabe, vor



CDU

6. Parteitag Bonn 1994

**der wir stehen, ans Werk gehen.
Wenn wir das gemeinsam tun, werden wir auch in Zukunft Siege feiern können.**

Ich möchte Sie einladen: zur Arbeit — und danach zum Feiern. Jetzt beginnt die Arbeit für die nächsten Jahre. Dazu brauchen wir gemeinsam unsere ganze Kraft. Ich will versuchen, dazu nach besten Kräften beizutragen. Ich bitte jeden einzelnen von Ihnen, das gleiche zu tun.

*(Langanhaltender
lebhafter Beifall)*

Wahl des Bundesvorstandes

WAHL DES BUNDESVORSITZENDEN:

Bundeskanzler Helmut Kohl

WAHL DER 4 STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN:

Norbert Blüm

Heinz Eggert

Angelika Merkel

Erwin Teufel

WAHL DES BUNDESSCHATZMEISTERS:

Brigitte Baumeister

WAHL WEITERER 7 MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS:

Rudolf Seiters

Klaus Töpfer

Manfred Kanther

Christa Thoben

Johannes Gerster

Christoph Bergner

Volker Rühle

WAHL DER WEITEREN 26 MITGLIEDER DES DES BUNDESVORSTANDES:

Kurt H. Biedenkopf

Rainer Eppelmann

Bernhard Vogel

Heiner Geißler

Matthias Wissmann

Berndt Seite

Cornelia Yzer

Godelive Quisthoudt-Rowohl

Christine Lieberknecht

Helmut Linssen

Otti Geschka

Ottfried Hennig

Maria Böhmer

Michel Friedman

Renate Hellwig

Hanna-Renate Laurien

Reinhard Göhner

Carola Hartfelder

Marion Fischer

Alexander Graf von Schwerin

Christian Schwarz-Schilling

Hans-Peter Repnik

Andreas Renner

Klaus Escher

Christa Reichard

Josef Stock

Generalsekretär Peter Hintze:

Wir hatten die richtige Strategie, wir hatten den richtigen Kanzler

Vor zwei Jahren auf dem Parteitag in Düsseldorf haben Sie mir das Amt des Generalsekretärs anvertraut. Die wichtigste Aufgabe in den letzten zwei Jahren waren die Vorbereitungen der ersten gesamtdeutschen Europawahl und der zweiten gesamtdeutschen Bundestagswahl. Ich kann Ihnen heute verkünden: Beide Aufträge sind ordnungsgemäß im Sinne des Parteitages ausgeführt.

Uns ist die größte Aufholjagd gelungen — denken Sie einmal an die demoskopischen Werte und an das, was uns angekündigt wurde — in der Geschichte unserer Wahlkämpfe und in der Geschichte unserer Parteiarbeit. Am Ende haben wir mehr als zweieinhalb Millionen Stimmen mehr eingefahren als die Sozialdemokraten, und das Wichtigste ist für Deutschland und in Deutschland: Unser Helmut Kohl ist wieder Bundeskanzler.

Dies hat zwei Ursachen gehabt. Wir hatten die richtige Strategie, und wir hatten den richtigen Kanzler. Lieber Helmut Kohl: Dieser Wahlsieg ist vor allem Ihr Erfolg. Die Partei gratuliert und dankt Ihnen von Herzen für Ihren Einsatz in diesem Wahlkampf.

Es gibt nun bei den Sozialdemokraten den Versuch, die eigene SPD-Niederlage doch noch in einen Quasi-Sieg umzudeuten. Da wird davon geredet, unsere Mehr-

heit sei zu knapp — oder, wir würden diese Legislaturperiode mit dieser Koalition nicht durchhalten.

Dazu sagen wir der SPD ganz eindeutig von diesem Parteitag: Wir werden nicht zulassen, daß unser Wahlerfolg uminterpretiert oder weggeredet wird.

Es lohnt sich für alle, die sich noch an den Wahlkampf erinnern, sich auch einmal die gewaltige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit anzuschauen, die Herr Scharping fast täglich hinterläßt. Er ist durch Deutschland gezogen und hat verkündet, wenn er Kanzler würde — was zum Glück die Wählerinnen und Wähler verhütet haben —, dann würde er das Kabinett drastisch verkleinern. Was hat er als erstes gemacht? Er hat seinen SPD-Fraktionsvorstand drastisch aufge-

Bericht des Generalsekretärs der CDU, Peter Hintze

bläht. Das ist das, was wir von den Sozialdemokraten kennen. Es sind falsche Versprechungen, die sie schon am Tag nach der Wahl brechen. Es ist gut, daß die Wähler das mitbekommen.

Was hat die SPD für eine Strategie im Bundestag vorzuweisen? Wir haben es bei der Debatte über die Regierungserklärung erlebt: Als schlechte Verlierer wollen sie sich jetzt in den nächsten Wochen und Monaten in eine Blockadehaltung begeben. Das werden wir klipp und klar öffentlich ansprechen. Das letzte Blockade-



deverhalten der SPD war etwa die Ablehnung der Hauptverhandlungshaft für brutale Täter. Das ist in der Bevölkerung nicht akzeptiert, und wir müssen den Diskussionsdruck auf die SPD erhöhen, daß wir in Zukunft das Verbrechensbekämpfungsgesetz erweitern und brutale Täter auch nach ihrer ersten Tat festsetzen können.

Im übrigen hatte unsere Fraktion allen Unkenrufen zum Trotz — einer hat verschlafen, okay — ansonsten einen furiosen Start. Wir haben das erlebt bei der Wahl des Bundestagspräsidiums. Wir haben das erlebt bei der Wahl des Bundeskanzlers, und wir haben das erlebt am Donnerstag bei der ersten Abstimmung, bei der wir mit 40 Stimmen Vorsprung — weit mehr, als wir im Parlament haben — gewonnen haben. Daß dies direkt beim

Auftakt unter schwierigen Mehrheitsverhältnissen so gut läuft und so gut gelingt, ist das Verdienst unseres Fraktionsvorsitzenden, unseres Wolfgang Schäuble.

Wir haben die Wahlen gewonnen, aber der Bundeskanzler hat es soeben angesprochen: Wir haben sie knapp gewonnen. Wir müssen deswegen alle Anstrengungen darauf richten, der Frage nachzugehen, wie wir die Mehrheitsfähigkeit unserer Christlich Demokratischen Union nicht nur sichern, sondern auch ausbauen können, und zwar in einer Parteienlandschaft, von der kein Mensch weiß, wie sie morgen einmal ausschauen wird. Die Sicherung der Mehrheitsfähigkeit der CDU ist also unsere wichtigste Aufgabe.

Wir müssen dazu aus meiner Sicht drei Bedingungen erfüllen:

Erstens. Wir müssen den Wählerauftrag für diese kommenden vier Jahre ernst nehmen, und ich will gleich im einzelnen skizzieren, was das bedeutet.

Zweitens. Wir müssen den Kampf um die Meinungsführerschaft in Deutschland aufnehmen und für uns entscheiden, wenn es um die Interpretation grundlegender Ereignisse — wie etwa die deutsche Einheit — oder etwa um die Interpretation grundlegender Begriffe — wie etwa die Frage, was eigentlich in Deutschland noch radikal genannt werden darf — geht.

Drittens. Wir müssen unsere Reformfähigkeit beweisen, denn der Schlüssel zur Mehrheitsfähigkeit der CDU ist unsere Bereitschaft zur Reform und Erneuerung.

Zum ersten Punkt: den Wählerauftrag ernst nehmen. Die Menschen haben uns gewählt, weil sie etwas von uns erwarten. Sie erwarten von uns, daß wir die Staatsquote zurückführen und die Steuer- und Abgabenlast senken. Sie erwarten von uns, daß wir immer daran denken, daß es in unserem Land viele Menschen gibt, die jede Mark zweimal umdrehen müssen, bevor sie sie ausgeben können, und daß wir deswegen mit den öffentlichen Finanzen behutsam umgehen.

Kanther unterstützen

Sie erwarten von uns, daß wir im Bereich der Verbrechensbekämpfung den neuen Bedrohungen, die sich aus der organisierten Kriminalität, aber auch aus den offenen Grenzen ergeben, knallhart widerstehen. Ich möchte heute Manfred Kanther in seinem Versuch massiv unterstützen, die Verbrechensbekämpfung in Deutschland noch wirksamer durchzuführen.

Sie erwarten — das Thema klingt gut, aber es ist sehr strittig —, daß beim

Thema Familie nach langen Jahren der Diskussion jetzt etwas Entscheidendes passiert und etwas Entscheidendes von unserer Christlich Demokratischen Union auch in der konkreten Familienpolitik ausgeht.

Ich weiß, daß in der Familienpolitik immer eine gewisse Differenz zu beobachten ist. Wir sind uns im Grundsatz einig, aber dann geht es an die Finanzen, und die Finanzen sind ja durchaus knapp. Der finanzielle Spielraum ist nicht sehr groß. Aber, viel knapper als der finanzielle Spielraum ist die Geduld der Familien, die uns nämlich zu Recht sagen: Immer, wenn es um uns geht, wird auf die leeren Kassen verwiesen. Hier müssen wir jetzt auch einen kräftigen Schritt in dieser Legislaturperiode in der Sache tun.

Ich danke Hannelore Rönsch für das, was sie auf den Weg gebracht hat, und ich wünsche Claudia Nolte, daß sie sich in diesem großen neuen Ressort nicht irritieren läßt vom Beschuß der politischen Linken, sondern diese wichtige zentrale Aufgabe, die zum Herzstück unserer Union gehört, gut in den nächsten Jahren voranbringt.

In meinen Gesprächen stelle ich immer wieder fest, daß die ökologische Fragestellung, also die Frage, wie wir mit unserer Umwelt umgehen, die Frage, wie es um die Schöpfung bestellt ist, die Frage nach unseren Lebensgrundlagen, nicht nur sehr viele junge Menschen, sondern auch sehr viele ältere Menschen beschäftigt. Hier haben wir bei der Beschlußfassung über unser neues Grundsatzprogramm einen entscheidenden Schritt getan. Wir haben gesagt, die CDU als die Partei der Sozialen Marktwirtschaft ist auch die Partei, die für die große ökologische Fragestellung, für die große Frage,

wie wir die Bewahrung der Schöpfung ernsthaft angehen können, die richtige Antwort hat, nämlich die Konzeption einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft.

Was ich mir wünsche, ist, daß wir diesen Programmsatz, den wir in Hamburg beschlossen haben, nun auch in unserer praktischen Politik Schritt für Schritt mit Leben erfüllen, weil gerade für uns als christlich-demokratische, als eine im guten Sinne konservative Partei die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen das oberste Gebot überhaupt ist.

Wir haben diesen Parteitag unter das Motto „Deutschland erneuern — Zukunft sichern“ gestellt. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß wir an der Schwelle zum 21. Jahrhundert neue politische, aber auch geistige Impulse brauchen, um die Fragen und Probleme unseres Landes angemessen zu lösen.

Wir haben in diesen Tagen das Wort der beiden Kirchen zur sozialen Lage in Deutschland vernommen. Ich freue mich, daß die katholische Kirche und die evangelische Kirche ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und hierzu einen Diskussionsbeitrag leisten. Wir sollten uns nicht über die eine oder andere Formulierung oder über die eine oder andere These, die wir vielleicht für eine Fehleinschätzung halten, ärgern. Wir sollten das Gesprächsangebot der Kirchen aufnehmen, es ergreifen, es unsererseits erwidern.

Alle müssen mitmachen

Die Aufgaben, die wir in der Gesellschaft haben, können wir nur lösen, wenn alle am Wohl des Staates und der Gesellschaft Interessierten gemeinsam mitma-

chen, und ich möchte deswegen die Einladung der Kirchen zum Dialog ausdrücklich für die CDU Deutschlands annehmen.

Damit komme ich zum zweiten Punkt; das ist ein kritischer Punkt. Es geht um die Meinungsführerschaft in Deutschland. Es geht um die Besetzung von Begriffen und um die Interpretation von Ereignissen. Die politische Linke in Deutschland setzt hier zu einer Generaloffensive an, und wir sind herausgefordert zu dieser Auseinandersetzung, die mit dem Abschluß des Wahlkampfes erst richtig begonnen hat.

Ich lese Ihnen dazu eine Zahl vor. Am Freitag meldete das „Politbarometer“ des Zweiten Deutschen Fernsehens, daß 49 Prozent unserer Bevölkerung, knapp die Hälfte, die SED-Fortsetzungspartei PDS inzwischen für eine normale Partei halten. Wir müssen wachsam sein. Die Sozialdemokraten setzen mit ihrer Strategie auf einen schleichenden Gewöhnungsprozeß.

Wir als CDU werden uns aber nie daran gewöhnen, daß die Honecker-Erben hier als eine demokratische Partei auftreten können. Das sind sie nicht, und das werden wir auch immer sagen.

Es geht auch um Worte. In bezug auf die Wiedervereinigung wird das böse und zynische Wort vom „Anschluß“ in die Welt gesetzt. Wenn es um unseren Sozialstaat geht, immerhin einen der stärksten und sichersten in der Welt, wird das Wort von seiner strukturellen Ungerechtigkeit in Umlauf gebracht, und in bezug auf den Kommunismus sind bereits jene Geschichtsfälscher am Werk, die ihn als eine moralisch unanfechtbare Lehre reinwaschen wollen. Solchen Umdeutungen im Blick auf die deutsche Geschichte und im Blick auf die deutschen Erfahrungen

werden wir uns mit aller Entschiedenheit widersetzen!

Die Sozialdemokraten sind — wir hatten es befürchtet, aber doch lange nicht für möglich gehalten — dabei, endgültig ein Tabu der deutschen Politik zu brechen, nämlich das Tabu, daß man mit einer radikalen Partei nicht zusammenarbeitet. Es ist schon eine Schande, daß in der Europäischen Kulturhauptstadt 1999, in Weimar, in der Stadt Goethes, die Tinte unter einem schriftlichen Abkommen zwischen der SPD und den SED-Nachfolgern, der PDS, gerade trocken geworden ist. Das ist eine Schande!

Entschieden gegen Radikale

Herr Thierse hat am Freitag im Deutschen Bundestag Großzügigkeit im Umgang mit der PDS eingefordert. Wenn Herr Thierse Großzügigkeit im Umgang mit der PDS einfordert, dann sagen wir ihm: Bei den Rechtsradikalen hat Entschiedenheit das parlamentarische Aus bewirkt, und bei den Linksradikalen ist das nicht anders.

Wir sind die politische Kraft der Mitte, die die Erneuerung unserer Gesellschaft von ihren geistigen Wurzeln her voranbringt. Christlich-demokratische Politik bedeutet die Umsetzung von Freiheit und Verantwortung, wie wir es im Grundsatzprogramm gesagt haben, von Solidarität und Gerechtigkeit. Wir werden diese Grundwerte zum Maßstab bei der Gestaltung der inneren Einheit unseres Landes machen. Ich sehe darin die größte geistige Herausforderung am Ende unseres Jahrhunderts.

Wir wissen ja, der Bedarf an geistiger Erneuerung in unserem Land ist groß,

größer, als mancher vielleicht denkt. Wir haben es mit einem einseitigen Freiheitsverständnis zu tun, das die Menschen nicht näher zueinander bringt, sondern einsamer werden läßt. Wir haben es zu tun mit dem unerfüllten Wunsch vieler nach mehr Mitmenschlichkeit und Solidarität. Wir haben es mit einer allgemeinen Säkularisierung zu tun, bei der zentrale Werte unserer Kultur und unseres Staates in Frage gestellt werden.

Der Kampf um die Meinungsführerschaft in Deutschland ist bereits in vollem Gange, und die Stoßrichtung dieser Diskussion ist eindeutig: Es wird darum gehen, ob sich radikal linksgerichtete Positionen durchsetzen oder ob unser geistig-politisches Klima auf dem bewährten Boden unserer demokratischen Überzeugungen ruht. Dafür treten wir ein: daß Deutschland weiter aus der politischen Mitte regiert wird und daß nicht Linke und Linksradikale in Zukunft Macht über die Menschen in Deutschland bekommen.

Für den Schluß habe ich mir das Thema aufgehoben, das einige ja schon im Vorfeld des Parteitages kräftig beschäftigt hat. Ich bin auch der Meinung, daß es uns kräftig beschäftigen muß, denn es geht um die Frage, wie wir unsere eigene Parteiarbeit weiterentwickeln und wie wir den Veränderungen, die sich in der Gesellschaft zeigen, auch Veränderungen in unserer Partei folgen lassen, die Gutes mit aufnehmen und unserer guten CDU auch in den nächsten 50 Jahren ihres Bestehens die Mehrheitsfähigkeit sichern und erhalten.

Wer heute Mitglied in der CDU wird, möchte auch mitmachen. Ich bin deswegen der Meinung, daß wir die Möglichkeiten der Mitwirkung für Mitglieder ausbauen müssen, daß wir uns für solche, die zu uns kommen, attraktiver machen müs-

sen, auch für solche, die man früher mit dem schrägen Wort „Quereinsteiger“ bezeichnet hat.

Es geht darum, daß wir Menschen mit unterschiedlichen beruflichen Erfahrungen und mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, auch wenn sie nicht von Anfang an politisch aktiv waren, eine Chance geben und ihnen Lust machen, in die CDU Deutschlands einzutreten und mitzumachen. Wir sollten nicht sagen: Das sind Störenfriede von außen. Wir sollten vielmehr sagen: Es ist ein Gewinn für unsere Partei, wenn wir qualifizierte Frauen und Männer neu dazubekommen.

Das zweite Thema ist die Frage der Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten. Ich bin sehr froh, daß wir in der Diskussion soweit gekommen sind, daß die große Mehrheit der Partei — ich habe das eben an dem Applaus gespürt, den der Herr Bundeskanzler bei der einschlägigen Stelle seiner Rede bekommen hat — doch das Gefühl hat, wir müßten hinsichtlich der Beteiligung von Frauen etwas tun.

Ich sage es ganz deutlich: Wir müssen nicht etwas für die Frauen tun, sondern wir müssen für unsere CDU etwas tun, weil unsere CDU davon profitiert, wenn wir mehr Frauen gewinnen, sich bei uns zu engagieren.

Wir erleben in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen — etwa in der Arbeitswelt und in der Hochschule —, daß qualifizierte Frauen auf dem Vormarsch sind. Ich wünsche mir, daß ein Teil dieses positiven Vormarsches auch in unserer CDU stattfindet. Wir müssen uns fragen: Wie kann das geschehen? Wie können wir erreichen, daß Frauen besser beteiligt werden? Ihnen liegt dazu ein konkreter Vorschlag vor, über den wir heute nachmittag diskutieren wollen. Ich

will heute nachmittag eine Einführung in diesen Vorschlag geben.

Ich möchte mich aber jetzt schon mit zwei Gegenargumenten beschäftigen, die die Kritiker aus guter innerer Überzeugung in diesen Tagen vorbringen und die auch plausibel klingen. Das entscheidende Gegenargument lautet ja nicht, daß wir keine Frauen in Ämtern und Mandaten hätten. Die beiden entscheidenden Gegenargumente lauten vielmehr folgendermaßen.

Genug qualifizierte Frauen

Erstens heißt es, wir hätten zu wenig Frauen. — Das stimmt. Ich füge aber hinzu: Wir haben zumindest von der Kreisverbandsebene an aufwärts überall genug qualifizierte Frauen, um sie auch bei Ämtern und Mandaten zu berücksichtigen.

Das zweite Argument lautet, Qualität setze sich schon allein durch.

Im Umkehrschluß würde das ja bedeuten, daß bei uns alle Frauen, die nicht in Ämtern und Mandaten sind, nichts taugen. Das kann ja wohl nicht gemeint sein. Wir haben eine Masse qualifizierter Frauen.

Wir müssen nur schauen, daß wir sie auch in Ämtern und Mandate bekommen, weil es uns guttut, wenn die Sichtweisen und Qualifikationen von Frauen bei uns zum Zuge kommen. Das betrifft unterschiedlichste Politikbereiche. Ich will einmal einen nennen, bei dem wir uns immer leicht verständigen, aber in der Sache Schwierigkeiten haben. Wenn wir in der Koalition darum ringen, wieviel Geld für die Familie, für den Wohnungsbau und solche Dinge zur Verfügung gestellt wird, wünsche ich mir am Tisch neben dem Bundeskanzler, der kräftig dafür kämpft, manchmal auch ein paar Frauen mehr.

Ich glaube, dann würde die Priorität manchmal ein wenig anders gesetzt werden.

Diejenigen, die draußen sind, verpassen jetzt eine Menge. Wir diskutieren über dieses Thema heute nachmittag ja aber noch einmal. Bei der Diskussion, die wir heute führen, ist auch bereits unsere Verfassung bemüht worden. Ich erinnere daran, daß wir in der Verfassungskommission und in Bundesrat und Bundestag auch Art. 3 unserer Verfassung, wo es um die Gleichberechtigung geht, geändert haben.

Wir sagen: Gleichberechtigung zu proklamieren ist zu wenig. Der Staat muß auch etwas dafür tun, daß Gleichberechtigung erreicht wird. — Nichts anderes haben wir uns vorgenommen. Wir wollen einen Ausgleich schaffen, den wir in der Sache für richtig halten, der aber mit den warmerzogenen Appellen der Vergangenheit nicht in ausreichendem Maße erreicht werden konnte.

Die Frauen ermutigen

Diejenigen, die dagegen sind — es kann ja sein, daß es immer noch ein paar gibt; es gibt hier vereinzelte Wortmeldungen, aber wir diskutieren heute nachmittag ja erneut darüber —, bitte ich um folgendes. Der Antrag verfolgt zwei Ziele. Wir wollen es erstens wirklich schaffen, mehr Frauen für unsere Arbeit zu gewinnen. Wir sollten die Frauen ermutigen. Wenn es mehr Chancen gibt, bedeutet das auch mehr Ermutigung. Zweitens geht es darum, daß Sie uns in der Erkenntnis unterstützen, daß es mit bloßen Appellen und Programmen nicht mehr getan ist.

Wenn wir diese Dinge beachten, wenn wir das, was die Wählerinnen und Wähler uns zur Verwirklichung mit auf den Weg gegeben haben, kräftig angehen — der Herr Bundeskanzler hat das in seiner

Regierungserklärung beschrieben —, wenn wir den Kampf um die Meinungsführerschaft, über wichtige Begriffe und Ereignisse unserer jüngeren Geschichte aufnehmen und uns nicht von den Linken überrumpeln lassen und wenn wir unsere eigene Reformfähigkeit nicht nur proklamieren, sondern auch in der Sache belegen, dann haben wir sehr gute Aussichten, daß aus der schönen, aber sehr schmalen Mehrheit in Zukunft eine schöne und wieder etwas breitere Mehrheit werden kann.

Wir arbeiten ja nicht nur um der Mehrheit willen, sondern wir arbeiten auf der Grundlage unseres Programms, aus unserer Grundüberzeugung heraus und nicht zuletzt angesichts des C in unserem Parteinamen, das ja kein Reklameschild, sondern ein Wegweiser für die großen Grundentscheidungen in unserer Gesellschaft ist.

Eine Gesellschaft, die nur bewahrt und nichts erneuert, wird alt. Eine Gesellschaft, die nur erneuert und nichts bewahrt, wird kalt. Ich meine, es war immer die große Stärke der Unionsparteien, daß wir zwischen dem, was es zu bewahren gilt, an dem es festzuhalten gilt — auch gegen manche Strömungen des Zeitgeistes —, und dem, was es mutig zu erneuern und zu verändern gilt, damit wir den Herausforderungen der Zeit auch gerecht werden, zu unterscheiden mußten.

Wir haben gesagt — damit komme ich zum Schluß —: Die Wahl 1994 ist eine Richtungsentscheidung. Ich sage Ihnen, wir haben das ernst gemeint. Wir müssen diese Richtungsentscheidung, die die Wähler knapp, aber sicher getroffen haben, jetzt auch umsetzen. Ich rufe Sie alle auf: Machen Sie mit!

(Langanhaltender Beifall)

Wiederwahl des Parteivorsitzenden



Generalsekretär Peter Hintze gratuliert dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, zu seinem großartigen Wahlergebnis. Von 929 abgegebenen Stimmen erhielt der alte und neue Parteivorsitzende bei 14 Enthaltungen 864 Ja-Stimmen. Mit 94,4 Prozent aller Stimmen verbesserte er sein Ergebnis von 1992 um 3 Prozent und wurde zum elftenmal im Amt des Parteivorsitzenden eindrucksvoll bestätigt.

Brigitte Baumeister:

Ziel ist, unsere Schulden bis Anfang 1996 gänzlich abzubauen

Als Sie mir vor zwei Jahren Ihr Vertrauen geschenkt haben und mich in das Amt der Schatzmeisterin der CDU Deutschlands gewählt haben, haben Sie mir zwei Aufgaben mit auf den Weg gegeben: Die erste Aufgabe war die Neuregelung der staatlichen Parteienfinanzierung, die zweite Aufgabe war, die Partei weiter zu entschulden.

Beide Aufgaben waren nicht einfach. Sie sind schwierig, aber gleichwohl faszinierend gewesen. Ich kann Ihnen für beide Punkte am heutigen Tage vermelden, daß ich gut vorangekommen bin.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992 war von der bisherigen Wahlkampfkostenerstattung abzurücken. Das Verfassungsgericht hat uns deutliche Kriterien vorgegeben, wie die neue staatliche Parteienfinanzierung zu gestalten sei.

Drei Elemente sind dabei wesentlich: der Wahlerfolg — d. h. die tatsächlich abgegebenen Stimmen —, die Summe der Mitgliedsbeiträge und die Spenden von natürlichen Personen, begrenzt auf 6 000 DM pro Person jährlich. Das heißt im Klartext, daß es keine steuerliche Abzugsfähigkeit für Spenden von juristischen Personen mehr geben konnte, d. h. keine Spenden von Kapitalgesellschaften,

Norbert Blüm: *Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 7.2: Bericht der Bundesschatzmeisterin. Wie in mancher Familie, auch in meiner, hält bei uns eine Frau das Geld zusammen. Ich bitte um die Aufmerksamkeit für eine für die Partei nicht unwichtige Frage, nämlich die Finanzen.*

also von Aktiengesellschaften oder von GmbHs. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte die Verwurzelung der Basis zum Ausdruck bringen. Dies waren die Vorgaben; die Umsetzung war nicht einfach. Die Vorschläge, die eine Kommission beim Bundespräsidenten, nämlich die Sandler-Kommission, zu diesem Thema gemacht hat, waren sehr kompliziert und haben von uns allen bislang einen sehr hohen Organisationsaufwand erfordert.

Das Gesetz ist seit 1. Januar 1994 in Kraft. Ich kann Ihnen heute sagen, was es bedeutet. Es bedeutet, daß die Parteien weniger finanzielle Mittel haben. Und es bedeutet im Klartext für die CDU auf allen Ebenen, daß sie — im Gegensatz zum Vorjahr — etwa 12 Prozent weniger Mittel hat. Das heißt aber auch, daß wir mit der Neuregelung, die erst seit kurzem in Kraft ist, relativ wenig Erfahrung haben. Das bedeutet nicht nur für die

Bundespartei, sondern auch für die Landesverbände ein hohes Maß an Unsicherheit.

Sie wissen, daß der Wahlerfolg, d. h. die staatliche Teilfinanzierung bezüglich des Wahlerfolges, direkt auf die Landesebene übergeht. Wir wissen aber relativ wenig darüber, wie unsere Mitgliedsentwicklung sein wird und wie sich unsere Mitgliedsbeiträge entwickeln werden. — Allerdings kann ich sagen, daß sie einer relativ geringen Schwankung unterworfen sind. — Und wir wissen noch viel

reduziert. Wir haben dafür insgesamt 60 Millionen DM ausgegeben. Wenn ich die Zahlen so richtig verfolgt habe, dann kann ich Ihnen heute vermelden, daß wir sogar ein ganz klein wenig unter dem Planansatz geblieben sind. 1987 haben wir allein für die Bundestagswahl — das will ich Ihnen kurz in Erinnerung rufen — 63 Millionen DM ausgegeben.

Die Umstellung auf die neue, verstetigte staatliche Teilfinanzierung hat allerdings auch zur Folge, daß wir in diesem Jahr, in dem wir noch keine Rücklagen haben bil-



Im Gespräch: Bundeschatzmeisterin Brigitte Baumeister und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble.

weniger, wie sich das neue Gesetz in punkto Spenden auswirken wird.

Es heißt für uns alle — nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf allen Gliederungsebenen, z. B. auf der Landesebene — : sparen. Der Zwang zum Sparen wird immer größer werden.

Das hat natürlich auch Konsequenzen in diesem Wahljahr gehabt. Das hat Auswirkungen auf die Mittel gehabt, die wir für Wahlkämpfe haben ausgeben können. Wir haben für den Europa- und den Bundestagswahlkampf die Kosten deutlich

den können, auf Grund der Vorfinanzierung insgesamt ein Ansteigen der Verschuldung haben. Die Verschuldung wird sich Ende dieses Jahres auf 27 bis 30 Millionen DM belaufen. Aber keine Sorge! Es ist eine andere Verschuldung, als wir sie bislang hatten. Es ist, wie ich soeben betonte, eine Vorfinanzierung; diese Vorfinanzierung werden wir, denke ich, abbauen.

Bei Übernahme des Amtes habe ich 32 Millionen DM Schulden übernommen. Zu Beginn des Jahres 1994 hatte die Bundespartei die Schulden bis auf 8 Millionen DM

abgebaut. Ziel ist — und das ist sehr realistisch —, daß wir unsere Schulden bis Anfang des Jahres 1996 gänzlich werden abbauen können.

Doch Schuldenabbau ist nicht das einzige Ziel, darf nicht das einzige Ziel bleiben. Die Versteigerung der Zahlung der staatlichen Mittel bedeutet für uns, daß wir Rücklagen bilden müssen — nicht nur die Bundespartei, sondern auch die Landesverbände, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle auch: Es sind weitere Einsparungen notwendig.

Das neue Parteienfinanzierungsgesetz mit seiner geänderten Auszahlung, daß nämlich der Wahlerfolg den Landesverbänden unmittelbar zukommt und daß die Bezuschussung der Beiträge und Spenden an die Bundespartei ausbezahlt wird, hat auch zur Folge gehabt, daß wir über einen neuen parteiinternen Finanzausgleich nachdenken mußten. Die Bundesfinanzkommission, die neu eingesetzt wurde, hat sich dieses parteiinternen Finanzausgleichs angenommen. Sie hat zunächst eine Regelung für das Jahr 1994 erarbeitet, in den letzten Tagen einen Vorschlag für das Jahr 1995 vorgelegt und sich auch darauf verständigt.

Idee dieses neuen Modells ist, daß es einen gewissen Leistungsanreiz beinhalten soll. Die Landesverbände werden demzufolge eine Bezuschussung in Abhängigkeit von ihren Beiträgen und Spenden bekommen. Und es ist in diesem neuen parteiinternen Finanzausgleich dafür Sorge getragen, daß wir die Arbeit in unseren neuen Bundesländern auch weiterhin tatkräftig mit unterstützen.

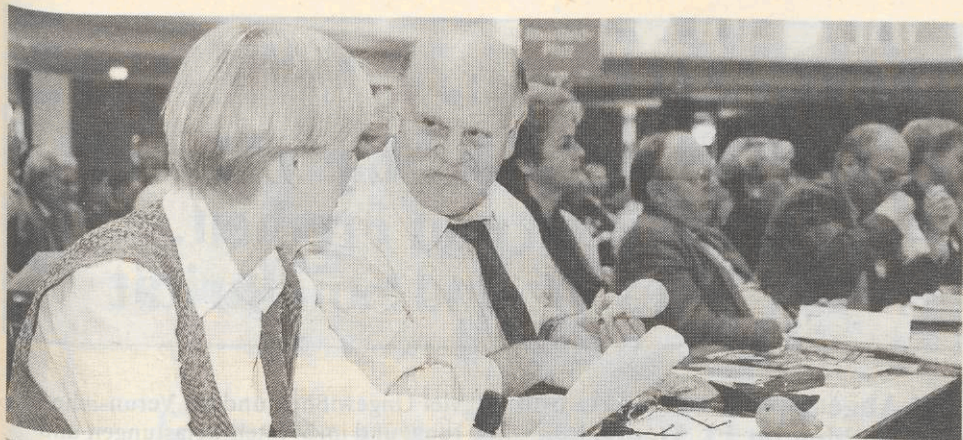
Mein persönliches Anliegen als Bundesschatzmeisterin für die neue Wahlperiode ist — erstens — die vollständige Entschuldung der Partei. Das heißt, daß noch weiteres

Engagement dafür notwendig ist, daß wir mit unseren Haushaltsmitteln sparsam umgehen müssen, daß wir auf allen Ebenen weiterhin konstruktiv und gut zusammenarbeiten müssen, so daß wir mit diesem positiven Denken letztendlich unser Ziel gemeinsam werden erreichen können.

Der zweite Punkt, der mir ganz wichtig ist — davon haben Sie in der Presse Kenntnis bekommen —, ist die Spendenwerbung. Ich habe vor zwei Jahren, als ich mein Amt angetreten habe, gesagt, man müsse darüber nachdenken. Nach kurzer Zeit des Nachdenkens bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß wir die Spendenwerbung auf eine völlig neue Basis stellen müssen. Das heißt, daß die Spendenwerbung, wie wir sie bislang hatten, von mir — Sie konnten es der Presse entnehmen — beendet worden ist. Mir schwebt vor, daß wir eine neue Spendenwerbung angehen. Diese wird aber nur im Zusammenwirken mit allen Landesverbänden erfolgreich sein können. Für die Übergangszeit bin ich dabei, ein neues Konzept mit der Finanzkommission zu entwickeln.

Mein Dank für die Mithilfe gilt nicht nur der Finanzkommission, sondern gilt selbstverständlich auch dem Hause, wo ich viel Unterstützung für meine Sparmaßnahmen gefunden habe. Da möchte ich an erster Stelle den Generalsekretär und den Bundesgeschäftsführer nennen, die mir bei meinem Bemühen stets zur Seite gestanden sind.

Ich hoffe — damit möchte ich abschließen —, daß ich beide Vorhaben erreichen werde. Und wenn mir dies gelingt, dann habe ich — das darf ich Ihnen sagen — meine persönlichen Ziele erreicht. — Vielen Dank.



Wolfgang Schäuble:

Wir arbeiten für eine Zukunft in Frieden und Freiheit, für Toleranz und Solidarität

294 Abgeordnete von CDU und CSU bilden im 13. Deutschen Bundestag unsere gemeinsame Fraktion. Unsere Mehrheit ist knapp, aber sie ist stabil. Mit der Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler verfügen wir wieder über die strategische Mehrheit; denn gegen uns gibt es in diesem Bundestag keine konstruktive Mehrheit.

Wir wußten schon bei unserem Parteitag in Hamburg, daß es bei den Wahlen in diesem Jahr eng werden würde. In einer Zeit, in der Ansprüche offenbar stärker wachsen als Engagement für das Gemeinwohl, in einer solchen Zeit tun sich offensichtlich Regierungen überall in den westlichen Demokratien schwer, in Spanien nicht anders als in Frankreich, in Großbritannien oder in den USA, in Kanada, Holland, Italien, Österreich oder in Schweden.

Wir haben in den Jahren seit 1990 Verantwortung getragen angesichts der ungeheuren Veränderungen, die die historische Wende für Deutschland und Europa mit sich gebracht hat, im Osten die Wechselbäder von Hoffnungen und Enttäuschungen, die grundlegende Veränderung aller Lebensverhältnisse mit eben auch

viel Ungewißheit und für Verunsicherung, und im Westen Belastungen und Veränderungen, Infragestellen von Besitzständen — jedenfalls mehr, als wir noch bis 1989 gewohnt waren.

Wie bei jedem Aufbauwerk sind am Anfang die Anstrengungen und die Mühsal spürbarer als schon der Erfolg, der sich erst mit zunehmender Dauer deutlicher wahrnehmen läßt.

Deshalb war die Wahl nach der ersten Legislaturperiode deutscher Einheit objektiv für diejenigen, die Regierungsverantwortung getragen haben, die

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble

schwerste. Daß wir es dennoch geschafft haben, das verdanken wir vor allem Helmut Kohl, der mit seiner Kraft und Zuversicht den Menschen nicht nur in unserem Land Halt und Vertrauen gibt. Weil der Ertrag der Aufbauanstrengungen mit zunehmender Zeitdauer für die Menschen deutlicher wird, deshalb bin ich überzeugt, daß unsere Chancen in weiteren vier Jahren eher besser sein werden als 1994. Deswegen gilt Bangemachen nicht. Wir haben allen Grund, mit



Fischer

Zuversicht und Entschlossenheit an der Vollendung der deutschen Einheit weiterarbeiten.

Es liegen große Aufgaben vor uns. Wir müssen unser Land für einen härter gewordenen weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerb fit halten. Wir müssen Antworten finden auf die großen Zukunftsfragen der Menschheit, von der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen bis zum Erhalt einer Ordnung für unseren Planeten, der nicht durch immer größere Konflikte zwischen Arm und Reich oder auch religiösem oder politischem Fundamentalismus auseinandergerissen werden darf.

Wir müssen Freiheit und Mitmenschlichkeit, Offenheit und

Toleranz wahren in einer Zeit, in der Individualisierungstendenzen, Wanderungsbewegungen, aber auch Verwerfungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung neue Antworten einfordern.

Wenn wir so vor großen Gestaltungsaufgaben stehen, dann heißt das ja nicht, daß nicht auch viel und Großes erreicht und geleistet worden ist. Die Opposition im Bundestag hat in der vergangenen Woche wieder so geredet, als wäre alles schlecht in unserem Land. Manchmal fragt man sich beim Zuhören: Wo leben die eigentlich?

In den neuen Ländern ist in vier Jahren eine ungeheure Aufbauleistung erbracht

worden: 9 Prozent reales Wachstum, fast 600.000 neue selbständige Unternehmen, ein Rentenniveau, das schon fast das westdeutsche erreicht und das heute schon deutlich über den meisten westeuropäischen Ländern liegt — und das alles bei Preisstabilität.

Wer hätte es denn für möglich gehalten, daß die Bundesrepublik heute schon alle strengen Kriterien des Maastricht-Vertrages erfüllt? Wirtschaftlich geht es auf breiter Front aufwärts, entgegen allen pessimistischen Prognosen vor wenigen Monaten nicht nur unserer politischen Gegner, sondern auch der meisten Sachverständigen.

Unsere Politik der Sparsamkeit, der Deregulierung, mit Gesundheitsstruktur-, Post- und Bahnreform hat gegriffen. Die endlich durchgesetzte Asylreform zeigt Wirkung, und die Pflegeversicherung lassen wir uns nicht wieder zerreden.

Nein, ganz von allein ist der Erfolg nicht gekommen. Aber auf den Lorbeeren ausruhen dürfen wir nicht. Die Welt verändert sich schneller und intensiver, als wir lange gewohnt waren oder wahrgenommen haben. Deswegen sind erfolgreiche Arbeit und neue Herausforderungen kein Widerspruch.

Volkspartei der Mitte

Deshalb bleiben die Kraft, der Mut, die Offenheit der Union als der großen Volkspartei der Mitte für die Zukunftsfragen weiter gefordert. Wer sich nur auf dem Erreichten ausruht, wer immer nur Besitzstände verteidigen wollte, der würde die Zukunft verschlafen. Wir müssen sensibel bleiben für neue Entwicklungen, offen für neue Fragen, neugierig auf

die Zukunft. Nur eine Partei, die sich auf die Zukunft freut, bleibt fähig, Zukunft zu gestalten.

Auch knappere Mehrheiten im Bundestag dürfen uns nicht zum Stillstand verführen. Dynamische Bewegung gibt Stabilität, während Erstarrung zum Zusammenbruch führt. Scheuklappen helfen dabei nicht.

Deswegen sind wir zu Gesprächen mit allen bereit, die sich um Zukunft mühen. Wir bleiben offen für neue Wege und Lösungsansätze. Das muß für unsere Arbeit als Partei auf allen Ebenen genauso gelten wie für unsere Debatten im Parlament. Auch Langeweile kann eine tödliche Bedrohung für Freiheit sein. Das Abenteuer Zukunft muß eine spannende Aufgabe bleiben.

Besitzstände aufbrechen, Berührungspunkte abbauen, Tradition und Fortschritt immer neu verbinden, bewahren und erneuern zugleich, das ist das, was die Integrationskraft und die Faszination der Union ausmacht. Wir bleiben verlässliche Partner in unser Koalition mit der FDP, und wir wünschen, daß die FDP ihre Schwierigkeiten rasch und nachhaltig überwindet.

Aber ich sage auch: Stabilität und Handlungsfähigkeit der Union müssen unabhängig von Koalitionsfragen bleiben. Wir haben am 16. Oktober 41,5 Prozent der Zweitstimmen, aber über 45 Prozent der Erststimmen erhalten. Das ist unser strategisches Potential, das es zu wahren und auszubauen gilt. Je unverkrampfter wir zum Gespräch mit allen bereit sind, je offener wir für neue Fragen und Entwicklungen bleiben, desto besser wird uns das gelingen.

Unsere öffentlichen Diskussionsprozesse fördern ja Innovation nicht. Immer wenn es in unserem Land konkret wird, treten die organisierten Besitzstandsverteidiger auf den Plan. Sobald sich öffentlicher Widerstand aufbaut, werden übrigens diejenigen leise, die sonst lautstark abstrakt immer Reformen einfordern.

Das ist beim Subventionsabbau immer so. Das war bei der Gesundheitsreform so und beim Schlechtwettergeld nicht anders. Konkret haben Einsparungen oder Deregulierung wenig Lobby. Notwendig bleiben sie trotzdem. Dies fordert unsere Kraft, die Kraft der Union. Kleinmut, der bei jedem Widerstand einbricht, ist nicht zukunftsfähig.

Kreativität und Innovation

Wir müssen die strukturellen Belastungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland weiter vermindern, und wir müssen zugleich den ökologischen Aufbau fortführen.

Wir brauchen einen Staat, der Frieden und Freiheit nach außen und innen schützt und sichert und der auf der anderen Seite nicht immer mehr Kreativität, Leistungsbereitschaft oder Innovation durch ein zu dicht gewordenes bürokratisches Gestrüpp erdrosselt.

Wir müssen unser Sozialsystem für die Aufgaben der Zukunft vorbereiten, indem wir für wirkliche Risiken und Bedürftige wirksam Vorsorge und Hilfe sicherstellen, und zwar durch mehr Eigenverantwortung, aber zugleich auch gegen Verschwendung angehen. So haben wir bei der Pflegeversicherung und bei der Gesundheitsreform gehandelt. Dies muß fortgesetzt werden.

Wir besitzen für den Aufbruch in eine offene Zukunft einen klaren

Kompaß mit unseren Grundwerten und Überzeugungen auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes. Die Debatte über die grundlegenden Werte bleibt nötig, damit der Wertekonsens erhalten bleibt, ohne den jede Freiheitsordnung auf Dauer verkommt. Nur wenn zu diesen Werten freiwillige Solidarität, Verantwortung für die Zukunft, auch Bescheidenheit und Bereitschaft zum Verzicht gehören, dann wächst aus solchem Wertekonsens auch die Chance für mehr globale und für mehr ökologische Verantwortung.

Die Staatsquote muß wieder runter. Deshalb behalten Sparsamkeit in der Haushaltspolitik, Stellen- und Verwaltungsabbau, wo immer möglich, Vorrang.

Privatisierung ist nicht nur beim Bund möglich, sondern sie muß auch stärker in Ländern und Gemeinden durchgesetzt werden.

Unser öffentliches Haushaltsrecht muß auf den Prüfstand. Wir brauchen beim Staat wie bei der privaten Wirtschaft mehr Kosten- und Erfolgskontrolle. Es muß gelingen, stärker Budgetverantwortung hin zu den einzelnen Verwaltungseinheiten zu verlagern, damit wir wieder Effizienz und Sparsamkeit fördern.

Subsidiaritätsprinzip heißt auch: Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Liebe Freunde, seit Jahrzehnten weiß jeder, der sich mit unserem Steuersystem befaßt, daß die doppelte Besteuerung gewerblicher Erträge durch Einkommen- und Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer zusätzlich uns als Wirtschafts- und Investitionsstandort in Europa zunehmend behindert. Deswegen muß die Gewerbesteuer abgeschafft werden, am liebsten gleich; wenn nötig, in Stufen.

Aber die Gemeinden dürfen dabei nicht ohne angemessenen Ausgleich bleiben. Damit die Gemeinden nicht immer mehr von Finanzzuweisungen der Länder abhängig werden, müssen es originäre Einnahmen sein.

Dazu ist ein eigenes Hebesatzrecht der Kommunen bei Einkommen- und Körperschaftssteuer ebenso denkbar wie eine Beteiligung an der Mehrwertsteuer. Über diese Fragen wollen wir mit Ländern und Gemeinden, auch mit Wirtschaft und Gewerkschaften ins Gespräch kommen, um eine Reform der Gemeindefinanzen zu erreichen, die die kommunale Selbstverwaltung stärkt. Aber auch hier zeigt sich schon wieder der Widerstand organisierter Interessen.

Subsidiarität, freiwillige Solidarität heißt vor allem, die Familie zu stärken. Wir schreiben keinen Lebensweg oder Verhaltensmuster vor. Wir wollen, daß Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht nur im Gesetzblatt, sondern auch in der Wirklichkeit des Lebens erreicht wird, in Beruf und Gesellschaft, in der Politik und auch in unserer Partei. Aber Gleichberechtigung und Familie sind keine Gegensätze.

Wo, wenn nicht in der Familie, wird freiwillige Solidarität zwischen Generationen dauerhaft gelebt, und wo erfährt der Mensch verlässlichen Halt und Geborgenheit, auf die jeder — auch und gerade in einer Zeit der Vereinzelung — angewiesen bleibt? Wo werden Solidarität, Rücksichtnahme, Verzicht, Bereicherung durch Gemeinschaft besser erfahren und gelernt als in der Familie? Deshalb behalten die Familie und Familienpolitik für uns Priorität.

Arbeit für alle muß unser Ziel bleiben. Dazu brauchen wir Wachstum und Inve-

stitutionen, technischen Fortschritt und neue Produkte, mehr Flexibilität bei Arbeits- und Maschinenlaufzeiten, mehr Beweglichkeit vor allem im tertiären Sektor, in Handwerk, Handel und Dienstleistungen aller Art, von den modernen Medien bis zum Pflegebereich und den Privathaushalten, die auch verstärkt als Arbeitgeber für reguläre Beschäftigung gewonnen werden müssen.

Offen diskutieren

Die beiden Kirchen haben in diesen Tagen zu einer grundlegenden Diskussion über die wirtschaftliche und soziale Lage eingeladen. Wir sind dankbar für dieses Engagement, und wir werden uns, wie Peter Hintze gesagt hat, daran beteiligen. In diesem Papier heißt es:

Soziale Gerechtigkeit verlangt, daß niemand, auch keine Gruppen, aus der Gesellschaft ausgestoßen wird. Das heißt, daß diejenigen, die nicht in der Lage sind, eine eigene ausreichende Arbeitsleistung zur Wirtschaft beizusteuern, von der Gesellschaft soviel erhalten, daß sie menschenwürdig leben können. Dabei ist darauf zu achten, daß dadurch nicht eine falsche Bequemlichkeit Platz greift, die das notwendige Arbeitsethos in der Gesellschaft aushöhlt.

Weil das alles richtig ist, werden wir mit den Kirchen, mit den Gewerkschaften, mit den Wirtschaftsverbänden, mit den anderen Parteien unvoreingenommen über die Schnittstellen zwischen Arbeits-einkommen, Lohnersatzleistungen und Transferleistungen zu diskutieren haben. Wir müssen diese Schnittstellen so justieren, daß auch geringer bezahlte Arbeit nicht in Schwarzarbeit oder Schattenwirtschaft abgedrängt wird.

Es ist allemal besser, zeitlich befristet oder Teilzeit- oder saisonale Arbeit zu haben, als dauerhaft arbeitslos zu sein.

Um unser Gemeinwesen wetterfest und zukunftsfähig zu halten, müssen wir uns auch der Grundlagen unserer staatlichen Gemeinschaft gewiß bleiben: Nation und Europa sind für uns keine Gegensätze, sondern sie bedingen sich gegenseitig. Wer sich seiner nationalen Identität gewiß ist, wird auch in der Toleranz gegenüber anderen sicherer sein.

Deswegen bin ich überzeugt: Je weniger bei uns Deutschen in diesen Fragen Ungewißheit herrscht, desto geringer wird die Gefahr sein, daß wir uns in Verirrungen von Ausländerfeindlichkeit oder mangelnder Toleranz gegenüber Minderheiten verstricken.

Inneren Frieden erhalten

Der Bevollmächtigte der evangelischen Kirche am Sitz der Bundesregierung, Bischof Löwe, hat zu Recht davor gewarnt, daß derjenige der Übersteigerung des Nationalen gerade nicht Herr werde, der es als geschichtsmächtige Kraft abschaffen wolle.

Deutschland ist ein offenes, ein tolerantes, ein ausländerfreundliches Land. Damit das so bleibt, müssen wir angesichts zunehmender Wanderungsbewegungen die Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung möglichst auf europäischer Ebene weiter voranbringen, damit der innere Frieden in unserem Land erhalten bleibt.

Das heißt zugleich, daß wir die Integration der auf Dauer hier lebenden ausländischen Mitbürger verbessern müssen.

Ich bin ganz davon überzeugt, daß die generelle, die regelmäßige Gewährung doppelter Staatsangehörigkeit die Integration der ausländischen Mitbürger im Ergebnis nicht fördern, sondern behindern, beschädigen würde.

Wer auf Dauer bei uns leben will, der muß sich auch dauerhaft integrieren wollen; der muß sich entscheiden, wohin er gehört; der muß zu gleichen Rechten auch gleiche Pflichten übernehmen. Das ist nicht zuviel verlangt.

Aber wir wollen nicht schon Kinder, die hier geboren sind, vor diese Entscheidungen stellen. Sie sollen die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten und dazu eine vorläufige deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Mit dem Eintritt der Volljährigkeit sollen sie dann selbst entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit dauerhaft erwerben oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten wollen. Ich glaube, daß wir mit diesem Vorschlag der Integration unserer ausländischen Mitbürger und damit dem inneren Frieden besser dienen als mit Schlagworten, die die Menschen in unserem Lande nur auseinandertreiben.

Nicht nur der innere Frieden muß geschützt werden, auch der äußere bleibt gefährdet. In Europa ist Krieg wieder möglich. Täglich werden wir Zeuge, wie der schreckliche Krieg in Bosnien immer heftiger wird, wie die Leiden der Menschen ins Unermeßliche steigen. Von Woche zu Woche bestätigt sich immer grausamer, daß das elende Gemetzel auf dem Balkan die Legitimität europäischer Einigung und atlantischer Solidarität, ja, der ganzen zivilisierten Völkergemeinschaft gefährdet.

Manchmal denke ich bei der Betrachtung der Nachrichten des Tages, ob wir diesen Film eigentlich nicht schon einmal gese-

hen haben. Es ist spät, und niemand hat ein Patentrezept, den irrsinnigen Kreislauf von Haß und Gewalt zu beenden.

Wir Deutsche haben Grund zur Bescheidenheit, wie Helmut Kohl gesagt hat: wegen der besonderen Lasten der Geschichte, aber auch, weil wir im Gegensatz zu vielen anderen Europäern keine Soldaten im UNO-Einsatz dort haben. Aber dennoch sage ich: So wie in den letzten Jahren kann es nicht weitergehen.

Eine schreckliche Wahrheit

Wenn kein anderer Weg gefunden wird, den Frieden in Bosnien-Herzegowina durchzusetzen, dann muß doch überlegt werden, wenigstens das Waffenembargo aufzuheben, auch wenn das bedeuten kann, daß die Blauhelmtuppen zurückgezogen werden müssen. Das ist die schreckliche Wahrheit. Aber wer nicht helfen kann, darf wenigstens Selbsthilfe nicht verhindern.

Die schrecklichen Erfahrungen im ehemaligen Jugoslawien zeigen auch, wie dringend es ist, daß gewährleistet bleibt, daß politische oder sonstige Ziele wenigstens bei uns in Europa nicht mit Waffengewalt durchgesetzt werden können. Weil das kein Land für sich allein sicherstellen kann, muß der Rückfall in nationalstaatliche Auseinandersetzungen unter allen Umständen vermieden und verhindert werden.

Deshalb gibt es keine verantwortbare Alternative zur unumkehrbaren europäischen Einigung mit einer wirkungsvolleren gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und deshalb gibt es auch keine verantwortbare Alternative zur atlantischen Solidarität.

Weil wir nicht wissen, wieviel Zeit uns die Geschichte läßt, brauchen wir Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union zugleich. Wir brauchen sie jetzt. Wir dürfen nicht warten, bis sich die Dinge bei unseren Nachbarn im Osten zum Schlechteren entwickelt haben, sondern wir müssen unseren Nachbarn jetzt Halt und Stabilität auf dem Weg zu dauerhafter freiheitlicher Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft geben. Dazu müssen die integrationswilligen und integrationsfähigen Staaten in Europa vorangehen. Alle sind eingeladen. Niemand wird ausgegrenzt. Aber der Langsamste darf nicht das Tempo bestimmen. Sonst kommen wir nicht voran, sonst verspielt Europa die Chance von Einheit und Zukunft.

Es ist eine spannende Zeit. Die Chancen sind groß, die Aufgaben auch. In einer Welt, die sich so rasant verändert, in einer Zeit, in der Zukunft soviel Faszination bedeutet, Politik zu gestalten, das ist eine große und großartige Aufgabe. Wir müssen alle unsere Kräfte anspannen. Aber es lohnt sich.

Wir arbeiten für eine Zukunft in Frieden und Freiheit, für Toleranz und Solidarität, für Gemeinsinn und für die Bereitschaft, neben Rechten auch Pflichten zu übernehmen. An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend gestalten wir Zukunft. In einem vereinten Europa wollen wir dem Frieden in der Welt dienen. Wir, die Union und die Abgeordneten von CDU/CSU im Deutschen Bundestag, sind dazu bereit. Ich lade Sie alle ein, uns auf diesem Weg zu begleiten, zu unterstützen und zu helfen. — Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Günter Rinsche:

Klarer Sieg bei der Europawahl

Das „Superwahljahr 1994“ begann mit schlechten Umfrageergebnissen für die CDU/CSU und mit hämischen Kommentaren über den „unaufhaltsamen Abwärtstrend bei der Union“. In repräsentativen Umfragen über die Wahlabsichten der Deutschen lag die SPD im Januar 1994 rund 6 Prozent vor der CDU/CSU.

Umfragen im März 1994 zeigten in den neuen Bundesländern sogar einen Vorsprung der SPD vor der CDU von rund 12 Prozent. In einigen Diskussionskreisen der Union wurde empfohlen, sich im Europawahlkampf nicht zu sehr zu engagieren, da die Europawahl im Juni 1994 für die CDU/CSU doch nicht zu gewinnen sei.

Am 12. Juni 1994 erbrachte die Europawahl für die CDU/CSU einen eindeutigen Wahlsieg. Die CDU/CSU erhielt 38,8 Prozent der Stimmen, die SPD 32,2 Prozent. Bei der letzten Europawahl 1989 betrug der Vorsprung der CDU/CSU vor der SPD nur 0,4 Prozent, jetzt 6,6 Prozent. Mit 32 Mandaten hatten wir 1989 nur 1 Mandat mehr als die SPD. Seit dem 12. 6. 1994 haben wir mit 47 Mandaten 15 mehr als 1989 und 7 mehr als die SPD. Großes Interesse und Zustimmung bei unseren europäischen Freunden — über nationale und parteipolitische Grenzen hinweg — fand die Tatsache, daß die deutschen Wähler den radikalen Kräften von links (PDS 4,7 Prozent) und rechts (REP 3,9 Prozent) eine klare Absage erteilten und den Weg ins Europäische Parlament versperrt hatten.

Aufmerksam und erleichtert wurde in den Mitgliedstaaten der Europäischen

Union auch registriert, daß der „Bund freier Bürger“ als Anti-Maastricht-Partei nicht die von ihrem Gründer Brunner erwarteten 30 Prozent, sondern nur 1,1 Prozent der deutschen Wählerstimmen erhielt. Hatten die Umfragen im März 1994 für die neuen Bundesländer noch einen Vorsprung der SPD gegenüber der CDU von rund 12 Prozent gezeigt, so erbrachte das Wahlergebnis am 12. 6. 1994 umgekehrt einen Vorsprung von 7,3 Prozent der CDU (33,2 Prozent) vor der SPD (25,9 Prozent).

Die Wahlbeteiligung an der Europawahl 1994 war mit 60,1 Prozent um 2,2 Prozent

**Zu Protokoll gegebener
Bericht des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Gruppe
in der EVP-Fraktion des
Europäischen Parlaments,
Günter Rinsche**

niedriger als 1989 und um 3,3 Prozent höher als 1984. Auf die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD entfielen rund 70 Prozent der abgegebenen Stimmen. Diese nüchterne Zahl widerlegte übrigens alle sogenannten wissenschaftlichen Aussagen über den angeblichen „Trend weg von den Großparteien“.

Im Hinblick auf die Europawahl hatte z. B. ein Nachrichtenmagazin noch am 25. April 1994 selbstsicher verkündet: „Bei den letzten Europawahlen sank die Zustimmung der Wahlberechtigten zu den Volksparteien auf rund 40 Prozent.“

Am 12. Juni ist Ähnliches zu erwarten, darüber zumindest herrscht Einigkeit“. Diese Prognose traf dann in der Europawahl 1994 ebensowenig zu wie die in derselben Ausgabe des Magazins zu lesende Voraussage über die wahrscheinlichen Mißerfolge der Christdemokraten in Europa und die guten Chancen der „Statt-Partei“ und des „Bundes freier Bürger“, die dann in der Realität mit 0,5 Prozent und 1,1 Prozent der Wählerstimmen wirklich nicht besonders erfolgreich waren.

Die angeblich so realistische April-Frage des Nachrichtenmagazins „Bricht die CDU, spätestens im Herbst, auseinander?“ ist schon am 12. Juni von den deutschen Wählern unmißverständlich mit einem klaren Nein beantwortet worden.

Unser Erfolg in der Europawahl 1994 ist vor allem das Ergebnis der erfolgreichen Politik, der unbeirrbareren Zuversicht und des unermüdlichen Einsatzes unseres Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden Helmut Kohl. In allen Staaten und fast allen politischen Parteien Europas hatte man auf die „Kontinuität der Köhner“ in der deutschen Europapolitik gesetzt. In ganz Europa galt und gilt Helmut Kohl als europapolitisch unverzichtbar. Die deutschen Wähler haben die Europäer nicht enttäuscht. Dies ist ein Gewinn für Deutschland und für Europa.

Die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments danken unserem Bundeskanzler und Ratspräsidenten der Europäischen Union, Helmut Kohl, für seinen großartigen und erfolgreichen Einsatz für Europa. Wir danken den vielen Parteifreunden, die die Sache Europas zu ihrer eigenen gemacht haben und in Tausenden von persönlichen Gesprächen unsere Mitbürger informiert und motiviert haben. Wir wissen: Europa ist unsere Zukunft! Aber wir wissen auch: Es gibt keine Zukunft ohne Zuversicht!

Große Verantwortung der CDU/CSU im Europäischen Parlament

Der CDU/CSU-Wahlsieg in der Europawahl 1994 gibt den Abgeordneten der Union eine besondere Verantwortung für die europäische Politik und stellt sie vor schwierige Herausforderungen. Dies wird schon sichtbar in einer Fülle von Funktionen und Schlüsselpositionen, die den deutschen Abgeordneten der EVP-Fraktion übertragen wurden. Aus der CDU/CSU-Gruppe kommen

- eine Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments,
- ein Quästor,
- ein Vizepräsident der EVP-Fraktion,
- das Mitglied in der EP-Reflexionsgruppe für die Vorbereitung der EU-Regierungskonferenz 1996 sowie
- die Vorsitzenden
 - ▶ des EP-Ausschusses für Wirtschaft und Währung,
 - ▶ des EP-Haushaltskontrollausschusses,
 - ▶ des EP-Unterausschusses für Menschenrechte,
- die stellvertretenden Vorsitzenden der EP-Ausschüsse
 - ▶ für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,
 - ▶ für Forschung, Technologische Entwicklung und Energie,
 - ▶ für Soziale Angelegenheiten und Beschäftigung,
 - ▶ für Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Fragen der Immunität,
 - ▶ des Petitionsausschusses und
 - ▶ des Haushaltsausschusses.

Im Bereich der ständigen interparlamentarischen Delegationen des Europäischen Parlaments stellt die CDU/CSU die Vorsitzenden der Delegation

- für Süd-Ost-Europa,
 - für die ASEAN-Staaten, Südostasien und Korea,
 - für die Maschrek- und Golf-Staaten
- sowie die Stellvertretenden Vorsitzenden für die weiteren Delegationen
- Rußland
 - Ungarn
 - Estland, Litauen, Lettland
 - Japan
 - Südostasien und SAARC
 - Australien und Neuseeland und
 - Südafrika.

Aus den Reihen der CDU/CSU-Abgeordneten kommen ferner der Vorsitzende des EVP-Arbeitskreises C und die stellvertretenden Vorsitzenden in den Arbeitskreisen A, B und D sowie die Obleute beziehungsweise stellvertretenden Obleute der EVP-Fraktion in 16 Fachausschüssen des EP.

Unsere Aufgaben

Bundespräsident Roman Herzog unterscheidet in seinem lesenswerten Buch „Staaten der Frühzeit“ (München 1988, Seite 303) „Aufgabenstaaten, die ihre Entstehung objektiven Notwendigkeiten verdanken, und *Machtstaaten*, die gewissermaßen kraft Gelegenheit, aufgrund einer mehr oder weniger zufälligen Machtkonstellation entstanden“.

In diesem Sinne ist die Europäische Union ein „Aufgabenstaat“. Ihre Existenz steht und fällt mit der Erfüllung oder Nichterfüllung ihrer Aufgaben. Für die Arbeit der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament sind hier zwei Fragen von Bedeutung:

1. Welche wichtigen Aufgaben — bei Beachtung des Subsidiaritätsprinzips — hat die Europäische Union nach dem Epochenwechsel 1989/1990 (Implosion des sogenannten realen Sozialismus)?

2. Reicht die gegenwärtige Entscheidungs-, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Europäischen Union aus, um diese wesentlichen Aufgaben zu erfüllen?

In einer realistischen und selbstkritischen Analyse kann nicht bestritten werden: Der Europäischen Integration fehlt es an Transparenz und den Europäischen Institutionen mangelt es an Effizienz. Beide Defizite behindern die Zukunftssicherung der Europäer.

Diese problematische Situation der Europäischen Union wird durch aktuelle Meinungsumfragen illustriert: Im Frühjahr 1991 befragten 72 Prozent aller EG-Bürger die Mitgliedschaft ihres Landes in der EG (lt. „Europabaro-meter“, vgl. Europäische Zeitung, September 1994). Im Mai 1994 sind es nur noch 54 Prozent. In Deutschland West sind es nur 52 Prozent, in Deutschland Ost sogar nur 45 Prozent. „Time“ (19. 9. 1994) zitiert eine Umfrage bei führenden Persönlichkeiten der europäischen Wirtschaft.

Auf die Frage, „Ist die EU eine notwendige Institution?“ antworteten 86 Prozent der Unternehmer mit „ja“ und nur 13 Prozent mit „nein“. Die Frage aber, „Ist die EU eine effiziente Institution?“ wird zu 53 Prozent mit „nein“ und nur zu 42 Prozent mit „ja“ beantwortet. Diese Zahlen sprechen eine ernste Sprache. Wir brauchen mehr Transparenz und mehr Effizienz in Europa.

Für die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments besteht die Lösung der hier sichtbar werdenden Probleme in der klaren Definition der Aufgaben und in der Vorbereitung der dringend notwendigen institutionellen Reformen. Zum Datenrahmen und Koordinatensystem unserer europapolitischen Arbeit gehören u. a.:

- die Effizienzsteigerung des neugewählten EP,
- die Installierung der neuen EU-Kommission,
- die Schaffung eines neuen Gleichgewichts der EU-Institutionen auf der Grundlage des Vertrages von Maastricht,
- die Integration der Beitrittsländer Österreich und der skandinavischen Länder,
- die parlamentarische Umsetzung des Weißbuchs der EU-Kommission,
- die Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 (Überprüfung und Verbesserung des Vertrages von Maastricht),
- die Intensivierung der EU-Beziehungen zu den Staaten Südost- und Osteuropas,
- die Realisierung der transatlantischen Allianz,
- die Kooperation der EU mit den dynamischen Volkswirtschaften Asiens,
- die Beziehungen zu den Entwicklungsländern usw.

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion arbeitet in enger Koordinierung mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und mit der Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl, um bürgernahe Lösungen für jene Probleme und Sorgen zu finden, die unseren Bürgern auf den Nägeln brennen. Unsere vier wichtigen Aufgabengebiete sind identisch mit den Schwerpunkten der deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union.

Unsere Ziele und Arbeitsschwerpunkte sind:

1. Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit in Europa, Wiederaufschwung der europäischen Wirtschaft und Herstellung ihrer weltweiten Wettbe-

werbsfähigkeit unter Wahrung der sozialen Sicherheit und Schonung der Umwelt.

2. Erhaltung und Festigung von Frieden in Freiheit und Stabilität in ganz Europa durch eine aktive Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Heranführung der Nachbarn in Mittel- und Osteuropa an die Union und die Herstellung besonders enger partnerschaftlicher Beziehungen zu Rußland, der Ukraine und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

3. Bekämpfung der international organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels sowie eine wirksame Asyl- und Zuwanderpolitik in der Europäischen Union.

4. Konsequente Anwendung und Umsetzung der neuen Instrumente und Mechanismen des Vertrages über die Europäische Union in die Praxis unter besonderer Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips. Ebenso wichtig ist die Stärkung der Entscheidungs-, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Europäischen Union.

Je besser wir zusammenarbeiten, desto größer wird unser Erfolg sein

Die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments arbeiten in den Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen der EVP und in den Ausschüssen und Delegationen des EP vollverantwortlich mit, um diese Ziele Schritt für Schritt zu verwirklichen. Dabei sind wir uns bewußt, daß der Erfolg unserer Bemühungen um so größer ist, je besser und effizienter unsere Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und mit der CDU/CSU-geführten Bundesregierung gestaltet werden kann.

In seiner positiven Beurteilung des Diskussionspapiers von Abgeordneten des

Vorstand der Europäischen Volkspartei

Die 16 CDU-Mitglieder und ihre Stellvertreter zum Vorstand der Europäischen Volkspartei wurden einstimmig ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen wie folgt gewählt:

ORDENTLICHE MITGLIEDER:

Peter Hintze MdB
 Elmar Brok MdEP
 Reimer Böge MdEP
 Anne-Karin Glase MdEP
 Renate Hellwig MdB
 Peter Kittelmann MdEP
 Horst Langes
 Gerd Langguth
 Christine Lieberknecht MdL
 Godelieve
 Quisthoudt-Rowohl MdEP
 Doris Pack MdEP
 Andreas Schockenhoff MdB
 Rudolf Seiters MdB
 Rita Süßmuth MdB
 Stanislaw Tillich MdEP
 Friedrich Vogel

STELLVERTRETER:

Hans-Joachim Reck
 Otto Bardong MdEP
 Johann Adolf Cohausz
 Klaus Escher
 Christoph Holle
 Bettina Machaczek
 Hartmut Nassauer MdEP
 Hartmut Perschau
 Gero Pfennig MdB
 Christian Schede
 Jürgen Schröder MdEP
 Michael Stübgen MdB
 Reinhard Stuth
 Thomas Subelack
 Patrich Warnking
 Paul Krüger MdB
 Karl-Heinz Florenz MdEP

Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments „Überlegungen zur europäischen Politik“ (Schäuble-Lamers-Papier) schreibt der ehemalige französische Außenminister Jean Francois-Poncet: „Die Europäische Union muß wieder die Unterstützung der öffentlichen Meinung gewinnen. Das politische Europa und die Währungsunion müssen vor dem Ende dieses Jahrhunderts Wirklichkeit werden. Europa kann nicht stark sein, wenn seine Institutionen schwach sind.“ Europäische Politik ist die Verständigung

über das Wirkliche und das Notwendige. In diesem Sinne sind die verantwortungsbewußten Europäer aufgerufen, die Wirklichkeit Europas wahrzunehmen und das Notwendige für die Zukunftssicherung der Europäer möglich zu machen. Es gilt, die Transparenz und damit die Akzeptanz der europäischen Integration zu verbessern und die Effizienz und Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen ihren existentiellen Aufgaben entsprechend zu gestalten. Gemeinsam können wir diese Herausforderung meistern.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Das Jahr 1994 hat ein glückliches Ende genommen

Liebe Freunde! Erlauben Sie mir, bevor ich mein kurzes Schlußwort spreche, noch eine knappe Bemerkung zu dem, was Christian Schwarz-Schilling und Stefan Schwarz gesagt haben.

Vor allem zu Stefan Schwarz, den ich schon seit 30 Jahren kenne, möchte ich sagen: Ich gehöre zu der Generation — es gibt nicht wenige aus dieser Generation hier im Saal —, die eine sehr wache und sehr persönliche Erinnerung an Krieg und Notzeiten hat. Ich war bei Kriegsbeginn neun Jahre, bei Kriegsende 15 Jahre alt. Ich habe Bombennächte erlebt, andere haben neben den Bombennächten das bittere Schicksal von Flucht und Vertreibung erlebt. Das alles ist für uns unvergessen.

Ich habe nicht ohne Grund heute von Frieden und Freiheit als Werten gesprochen. Auch ich empfinde es als eine Schande für die zivilisierte Welt, was in Bosnien passiert und was wir jetzt Abend für Abend im Fernsehen mit eigenen Augen sehen können.

Ich kann Ihnen nur sagen: Mit den Mitteln und Möglichkeiten, die ich als Regierungschef der Bundesrepublik habe, werde ich alles tun, um unseren Beitrag zu leisten, daß dieses Morden zum Ende kommt.

Ich sage ein Weiteres, das ich oft genug gesagt habe und manche immer noch nicht glauben: Auch wenn dies zu einem Ende gekommen ist, wird sich die Bun-

desrepublik Deutschland und die von mir geführte Bundesregierung nicht daran beteiligen, daß Aufbauarbeit in einer Region finanziert wird, in der sich die blanke Gewalt durchgesetzt hat.

Wer heute am Ende dieses Jahrhunderts, nach zwei Weltkriegen, nach dramatischen Grenzverschiebungen, wieder beginnt, mit brutaler Gewalt, mit Mord und Mordbränden Grenzen zu verschieben, der kann nicht darauf zählen, daß ihm die Deutschen später beim Aufbau helfen.

Ich weiß, daß das im Moment nicht konkret hilft. Aber ich möchte das nicht untergehen lassen. Ich werde deshalb am

Schlußwort des Parteivorsitzenden

kommenden Wochenende in Budapest bei der KSZE wieder zu Protokoll geben, daß wir als Deutsche versucht haben, aus der Geschichte zu lernen, daß Krieg und Gewalt niemals wieder ein Mittel der Politik werden dürfen.

Denn wenn wir das zuließen, würde sich wieder all das auf tun, was Stefan Schwarz hier als Befürchtung angesprochen hat. Ich bleibe dennoch bei meinem realistischen Optimismus, daß die politische Einigung Europas — zunächst das Europa der Zwölf und derer, die der Europäischen Union beitreten werden — uns die Chance gibt, daß jetzt und im 21.

Jahrhundert in Deutschland eine junge Generation aufwächst, die — ich sage das bewußt in bezug auf die jungen Männer — nie wieder in einen Krieg ziehen muß.

Das muß unsere wichtigste Aufgabe bleiben: Frieden und Freiheit für unser Land zu bewahren.

Aber das enthebt uns nicht der Pflicht, über die eigenen Grenzen hinaus internationale Solidarität zu üben und dafür einzutreten. Deswegen ist es gut, daß wir uns am Ende dieses Parteitags nicht nur mit uns selbst und mit deutschen Dingen beschäftigen, sondern auch von unserer Verantwortung für die Welt gesprochen haben und versuchen, daraus Konsequenzen zu ziehen. Vielen Dank denjenigen, die an diesem Antrag mitgewirkt und ihn eingebracht haben. Es ziemt sich wohl, daß die CDU Deutschlands in einer solchen Zeit in dieser Weise ihr Wort macht.

In wenigen Wochen endet dieses Jahr. Mit diesem Parteitag beschließen wir sozusagen auch intern den Wahlmarathon des Jahres 1994 mit seinen 19 Wahlen. So etwas hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben. Wer auf dieses Jahr zurückblickt, hat eine Vorstellung davon, welch ungeheure Anspannung der Kräfte diese vielen Wahlen von uns allen verlangt haben. Viele, liebe Freunde, die über Parteien- und Politikverdrossenheit reden, haben eigentlich gar keine Ahnung, wovon sie reden. Viele Beobachter wissen zu wenig, was es heißt, daß in den einzelnen Landesverbänden bis zu viermal in diesem Jahr Zehntausende auf die Straßen gegangen, für unsere Sache eingetreten sind — auch in den anderen demokratischen Parteien — und so lebendige Demokratie in Deutschland möglich war und möglich ist.

Ich kann keine Politikverdrossenheit erkennen. Denn wenn ein Volk mit Wahl-

beteiligungen bis in die Nähe von 80 Prozent wählen geht, wenn eine gewaltige Zahl von Menschen in ihrer Freizeit mit persönlichem Engagement — ohne dafür jemals etwas zu bekommen — unterwegs ist, um staatsbürgerliches Engagement zu leben und unsere Republik zu gestalten, dann haben wir keinen Grund, verdrießlich zu sein. Aber wir haben Grund, uns immer wieder die Frage zu stellen, ob wir genug getan haben oder noch genug tun.

Wir haben in diesem Jahr viel Gegenwind gehabt, und das Jahr hat ein glückliches Ende genommen. Wir haben Grund zum Stolz und zur Freude, aber wir haben überhaupt keinen Grund, übermütig zu sein, auch wenn wir erfolgreich waren, sind und es sicher bleiben werden.

Dieser Parteitag hat in nur einem Tag einmal mehr gezeigt, daß wir eine offene, eine diskussionsfreudige, eine im wirklichen Sinne des Wortes demokratieliebende Partei sind. Daß das heute möglich war, hat auch viel damit zu tun, daß viele uns geholfen haben: hier in Bonn die amtlichen Stellen der Stadt genauso wie die, die in der Partei diesen Parteitag vorbereitet haben. Nicht zuletzt will ich auch ein Wort des Dankes an das Präsidium des Parteitags sagen, vor allem an unseren Tagungspräsidenten, Norbert Blüm, der in der ihm eigenen Weise mit einem bei einem Arbeitsminister ganz ungewöhnlichen Charme wiederum durch diese Stunden geführt hat.

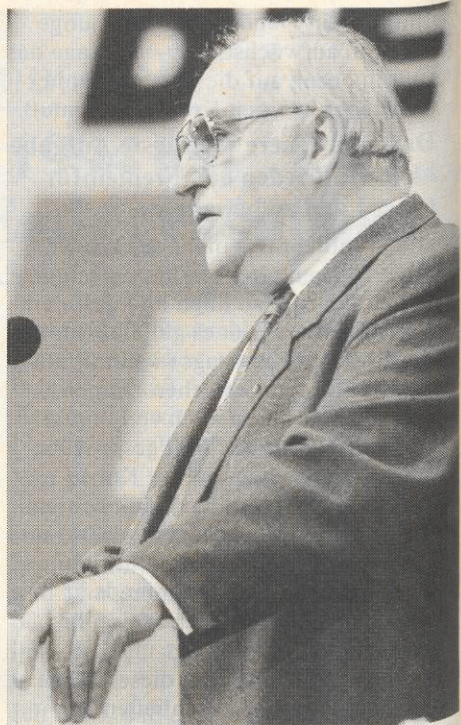
Wir werden im nächsten Jahr in vier wichtigen Landtagswahlen erneut unseren Einsatz bringen. Ich bitte jetzt schon alle in jenen Landesverbänden, die selbst keine Wahl haben, sich in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Bremen und in Berlin zur Verfügung zu stellen.

Im Blick auf das, was wir soeben disku-

tiert haben und was ich zu Beginn noch einmal angesprochen habe, will ich hier noch einmal sagen: Jeder spürt, es steht viel auf dem Spiel für die Zukunft Deutschlands in einem vereinten Europa. Wir alle spüren angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland auch, wie in Staat und Gesellschaft vieles in Bewegung geraten ist, was nicht schlecht zu sein braucht, wenn diese Bewegung in die richtige Richtung geht. Und das heißt für uns nicht, daß wir uns anpassen, sondern daß wir uns dem Wandel stellen und auch offen zugeben, wenn wir nicht sofort eine Antwort auf die Herausforderung wissen, und daß wir den richtigen Weg suchen: im offenen Gespräch untereinander und mit den vielen, die bereit sind, uns zu helfen, mit uns zu sprechen, zu diskutieren, wenn wir nur auf sie zugehen.

Dazu gehört eben auch, daß wir unbequeme Wahrheiten ertragen und aussprechen. Dazu gehört, daß wir uns auf den Parteitag im nächsten Herbst mit Blick auf die Frage vorbereiten: Wie geht es weiter in Europa? Werden die Deutschen ihre Position als Motor einer dynamischen Entwicklung ausbauen? Werden wir das aufnehmen, was die Gesellschaft von uns erwartet, um die Demokratie und unsere Republik für die Zukunft fit zu machen?

Gerade das Jahr 1994, das jetzt bald zu Ende geht, hat einmal mehr die Lehre bekräftigt, daß mit Opportunismus keine Zukunft zu gewinnen ist; daß Standfestigkeit in Grundsatzfragen, aber auch zugleich die Bereitschaft, für Sorgen und Nöte der Menschen in ihrer konkreten Lebenssituation offen zu sein, unsere Sache ist und unsere Sache sein muß.



Für mich — ich hoffe, für uns — ist das Signal dieses Parteitags, daß wir unser Vaterland Deutschland für das kommende Jahrhundert fit machen wollen. Das können wir nur tun, wenn wir auch selbst fit sind. Auch das wird das Thema unserer Arbeit vor allem im nächsten Jahr sein.

In diesem Sinne danke ich Ihnen allen für Ihr Mittun: für die Diskussionen, für die Beiträge, für das Hören und auch das Ertragen von Diskussionen. Ich denke, nach diesem guten Jahr haben wir viel Grund, uns voll Dankbarkeit an den Text unserer Hymne zu erinnern, daß „Einigkeit und Recht und Freiheit“ für unser Vaterland auch in Zukunft gelten möge. Der Parteitag ist geschlossen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

BESCHLÜSSE

Beschluß Nr. C1

Die CDU hat mit den Essener Leitsätzen von 1985 der Frauenpolitik einen entscheidenden Schub gegeben. Mit den Beschlüssen von Mainz 1986 und Wiesbaden 1988 hat die CDU wichtige Schritte zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU unternommen. Unser Verständnis von Partnerschaft in der Gesellschaft und unser Selbstverständnis als Partei erfordern konsequentes Handeln in dieser Frage. Wir wollen, daß Frauen und Männer sich gegenseitig in ihren fachlichen Kenntnissen, ihrer Lebenserfahrung und ihren Sichtweisen

die aktive Beteiligung von Frauen am politischen Leben fördern oder behindern. Ein geschärftes Bewußtsein der Gesellschaft für alle Fragen, die im Zusammenhang stehen mit der Beteiligung von Frauen am politischen Leben, ist eine wichtige Voraussetzung für die Beseitigung des bestehenden Ungleichgewichts. Soll die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Politik Wirklichkeit werden, sind auch strukturelle Änderungen erforderlich.

Knapp 10 Jahre nach dem Essener Parteitag der CDU ziehen wir Bilanz: Mit einem Frauenanteil von 13,9 Prozent liegt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Verhältnis zu den anderen Bundestagsfraktionen

Grundsatzbeschuß zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU Deutschlands

anerkennen und dies als unverzichtbar für die politische Entscheidungsfindung begreifen. Es ist für die CDU ein Gewinn, wenn Frauen und Männer sich in allen Politikbereichen engagieren. Die angemessene Beteiligung von Frauen und Männern an Ämtern und Mandaten ist eine entscheidende Zukunftsfrage für die CDU.

Demokratie bedeutet auch, daß Frauen und Männer gleichberechtigt am öffentlichen und politischen Leben teilhaben. Deshalb haben wir im Artikel 3 des Grundgesetzes ergänzend die Aufgabe eingeführt, neben der Sicherung der rechtlichen Gleichstellung die tatsächliche Gleichberechtigung voranzutreiben. Es zeigt sich, daß es Bedingungen gibt, die

auf dem letzten Platz. Seit Jahren zeigen die Wahlergebnisse, daß Appelle und Selbstverpflichtungen nicht ausreichen. Offenkundig ist, daß es einen inneren Zusammenhang gibt zwischen der Repräsentation von Frauen in Parteigremien und der Zahl der von Frauen erzielten Mandate. Deshalb wollen wir folgende Schritte zu mehr Gleichberechtigung gehen:

- 1.** Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands fordert alle Gliederungen auf, in eine intensive Diskussion darüber einzutreten, wie der Anteil von Frauen an Ämtern und Mandaten deutlich erhöht werden kann.
- 2.** Die CDU Deutschlands entwickelt bis zum 7. Parteitag 1995 ein verbindliches Verfahren mit dem Ziel, daß mindestens

ein Drittel aller Parteiämter und Mandate von Frauen besetzt werden. Ein solches Verfahren wird vom 7. Parteitag 1995 im Satzungsrecht der CDU verankert.

3. Ein Weg, dies zu verwirklichen, ist, daß das Wahlverfahren für die Parteiämter an die in der CDU bereits geltende Regelung anknüpft, die durch ein Quorum den regionalen Ausgleich sicherstellt. Ein vergleichbares Quorum wird künftig dafür Sorge tragen, daß bei Wahlen Frauen stärker berücksichtigt werden. Bei allen gemeinsam durchzuführenden Wahlen muß auf jedem Stimmzettel mindestens je ein Drittel der Stimmen für Frauen und Männer abgegeben werden. Das Auswahlrecht muß gewährleistet bleiben.

4. Für die Aufstellung von Wahlkreis-kandidatinnen und -kandidaten und für Listenaufstellungen sollen die folgenden Regelungen gelten:

- Die übergeordneten Gremien werden aufgefordert, darauf zu achten, daß bei der Aufstellung von Wahlkreiskandidaten Frauen zu einem Drittel vertreten sind.
- Bei Listenvorschlägen für Mandate muß vom vorschlagsberechtigten Gremium für jeweils drei aufeinanderfolgende Listenplätze mindestens eine Frau vorgeschlagen werden. Die Freiheit zur Einzelkandidatur in der Aufstellungsver-sammlung auf jedem Platz wird davon nicht berührt.

5. Diese Regelungen gelten ab Kreisverbandsebene. Sie sollen auf der Stadt- und Gemeindeverbandsebene ebenfalls praktiziert werden.

6. Diese Regelung ist bis zum 31. 12. 1999 befristet. Über eine Fortführung dieser Regelung über den 31. 12. 1999 hinaus befindet — nach Vorlage eines Berichts des Generalsekretärs — ein Parteitag vor diesem Stichtag.

7. Eine solche Regelung tritt in Kraft, wenn der 7. Parteitag 1995 eine entsprechende Änderung des Satzungsrechts vorgenommen hat. Alle Gliederungen werden aber aufgefordert, die Erhöhung des Frauenanteils schon jetzt zu praktizieren.

Beschluß Nr. A3/A7

Ein Schwerpunktthema des Bundesparteitages im Jahre 1995 sollen Vorschläge zu einer umfassenden Reform der Parteiarbeit sein. Bei diesen Überlegungen zur Parteireform sollen sowohl der Beschluß der CDU NRW zur Parteireform aus dem Jahre 1993, die Resolution des Deutschlandtages 1994 der JU sowie Reformprojekte anderer Landesverbände — auch unter Berücksichtigung der Situation in den neuen Bundesländern — einbezogen werden.

Beschluß Nr. B14

Wir verfolgen mit tiefem Entsetzen die Ereignisse in der nordwestbosnischen Stadt Bihac. Mit Abscheu und Empörung beobachten wir das Abschlachten unschuldiger Zivilisten in dieser Stadt.

Die Region Bihac ist seit zweieinhalb Jahren eingekesselt und hat seit Mai diesen Jahres durch die Blockaden der serbischen Miliz keine Hilfsgüter mehr erhalten. Es gibt kein Wasser, keinen Strom, kein Verbandsmaterial, kein Mehl — die Menschen hungern, um die letzten spärlichen Nahrungsvorräte den Verwundeten zu reichen. Im restlos überfüllten Krankenhaus von Bihac sind nach Auskunft der dortigen Ärzte die Narkosemittel am Ende, so daß schon bald selbst schwerste Operationen ohne Narkose ausgeführt werden müssen.

In Bosnien-Herzegowina werden das Völkerrecht und die Humanität mit Füßen getreten. Die Völkergemeinschaft kann diese brutale Mißachtung der Menschenrechte und der Menschlichkeit nicht länger hinnehmen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich sofort und mit höchstem Einsatz für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Die Vereinten Nationen müssen ihrem Schutzauftrag für die Schutzzone Bihac endlich in vollem Umfang nachkommen und dazu sofort ein klares und zeitlich eng befristetes Ultimatum setzen, dessen Nichteinhaltung zu konsequenten und klar definierten Sanktionen führt. Hierzu gehört auch die Anforderung von Luftangriffen sowohl auf die um Bihac und im nahegelegenen Kroatien positionierten Artilleriestellungen als auch auf die angreifenden Panzer in dieser UN-Schutzzone durch die UNPROFOR-Kommandanten.
- Kontaktgruppe und Vereinte Nationen müssen alles daran setzen, unverzüglich einen Waffenstillstand zunächst für die bedrohte Zone Bihac durchzusetzen. Nur ein sofortiger Waffenstillstand ermöglicht es, die in der Stadt eingeschlossenen ca. 70.000 Zivilisten zu retten, für die der Bürgermeister von Bihac, Kabiljagic, ein Masaker befürchtet.
- Falls sich bestätigt, daß die bosnisch-serbischen Streitkräfte durch Belgrad mit Waffen, anderes Kriegsmaterial und Treibstoff unterstützt werden, kann eine solche Verletzung der UN-Resolutionen nicht ohne Konsequenzen bleiben. Für diesen Fall müssen die gegenüber Restjugoslawien verfügbaren Erleichterungen der Sanktionen sofort wieder aufgehoben und das volle Embargo durch die internationale Staatengemeinschaft wieder in Kraft gesetzt werden.

● Die Regierung Milosevic muß sich uneingeschränkt hinter den Friedensplan der Kontaktgruppe stellen und zu seiner Umsetzung aktiv beitragen. Belgrad muß wissen, daß es für den Konflikt und seine Beendigung Mitverantwortung trägt.

● Vereinte Nationen und NATO müssen dazu beitragen, das militärische Kräfteverhältnis zwischen Aggressor und Opfer der Aggression auszugleichen und dadurch die Opfer der Aggression wirksam zu schützen und damit insgesamt die Chancen für eine schnelle Lösung und die Annahme des Friedensplanes der Kontaktgruppe zu verbessern. In diesem Zusammenhang bleibt die Frage der Aufhebung des Waffenembargos auf dem Tisch, wie dies Bundeskanzler Helmut Kohl bereits auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen im Juni 1993 gefordert hat.

● Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihr ganzes Gewicht und all ihren politischen Einfluß einzusetzen, um gemeinsam mit ihren Partnern alle dienlichen Maßnahmen durchzusetzen, die zur Beendigung des Völkermordes führen.

● Die Bundesregierung soll umgehend mit den EU-Partnern Maßnahmen ergreifen, die den Menschen in der Region Bihac und anderen ähnlich betroffenen Gebieten in Bosnien-Herzegowina schnelle Hilfe zukommen läßt durch

▶ sofortige Hilfslieferungen zur Behebung der Nahrungsmittelknappheit sowie der ärztlichen Versorgung,

▶ schnelle Instandsetzung der Wasser- und Energieversorgung und sofortige Maßnahmen für das Überleben der Menschen im beginnenden Winter,

▶ Schutz der Kriegsflüchtlinge vor weiterer Verfolgung sowie eine gerechte Lastenverteilung in den Mitgliedstaaten der EU im Hinblick auf die Versorgung der Hunderttausenden von Flüchtlingen. □

Die neue Führung der Unionsfraktion

FRAKTIONSVORSITZENDER:

Wolfgang Schäuble

ERSTER STELLVERTRETER des Fraktionsvorsitzenden und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe: **Michael Glos**

EHRENVORSITZENDER:

Alfred Dregger

STELLVERTRETENDE

FRAKTIONSVORSITZENDE:

Rupert Scholz, Arbeitsbereich 1:
Recht, Petitionen, Geschäftsordnung,
Inneres, Sport, Vertriebene und Flücht-
linge, Kommunalpolitik

Rudolf Seiters, Arbeitsbereich 2:
Auswärtiges, Verteidigung, wirtschaftliche
Zusammenarbeit, Europäische
Union

Hans-Peter Replik, Arbeitsbereich 3:
Finanzen, Haushalt, Wirtschaft, Frem-
denverkehr und Tourismus, Parla-
mentskreis Mittelstand

Hannelore Rönsch, Arbeitsbereich 4:
Ernährung, Landwirtschaft und For-
sten, Verkehr, Raumordnung, Bauwe-
sen und Städtebau

Heiner Geißler, Arbeitsbereich 5:
Arbeit und Soziales, Arbeitnehmer, Fa-
milie, Senioren, Frauen und Jugend,
Gesundheit

Gerhard Friedrich, Arbeitsbereich 6:
Umwelt, Forschung, Technologie, Bil-
dung, Wissenschaft, Post, Telekommu-
nikation

Paul Krüger, Arbeitsbereich 7:
Aufbau Ost

PARLAMENTARISCHE

GESCHÄFTSFÜHRER:

1. Parlamentarischen Geschäftsführer:
Joachim Hörster

Parlamentarischer Geschäftsführer der
CSU-Landesgruppe und Stellvertreter
des 1. Parlamentarischen Geschäfts-
führers:

Eduard Oswald

Brigitte Baumeister

Clemens Schwalbe

Andreas Schmidt (Mülheim)

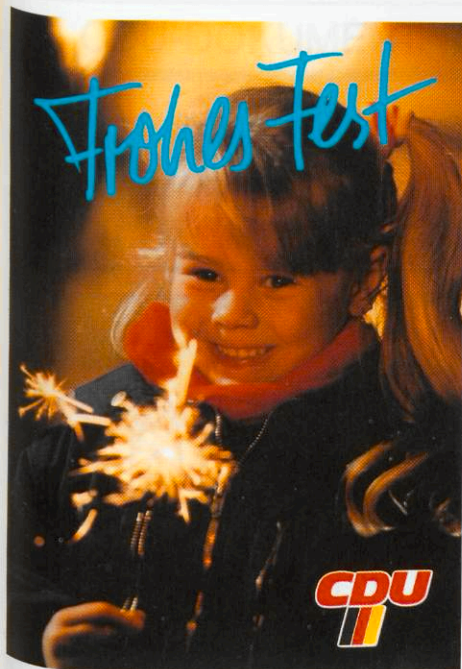
JUSTITIARE:

Reinhard Göhner

Gerhard Scheu

ARBEITSGRUPPENVORSITZENDE:

- 1 Recht: **Norbert Geis**
- 2 Inneres: **Erwin Marschewski**
- 3 Wirtschaft: **Rainer Haungs**
- 4 Landwirtschaft: **Egon Susset**
- 5 Verkehr: **Dirk Erik Fischer**
- 6 Post: **Elmar Müller**
- 7 Raumordnung: **Dietmar Kansy**
- 8 Finanzen: **Hansgeorg Hauser**
- 9 Haushalt: **Adolf Roth**
- 10 Arbeit + Soziales: **Julius Louven**
- 11 Gesundheit: **Wolfgang Lohmann**
- 12 Auswärtiges: **Karl Lamers**
- 13 Verteidigung: **Paul Breuer**
- 14 Europäische Union: **Gero Pfennig**
- 15 Wirtschaftliche Zusammenarbeit:
Winfried Pinger
- 16 Zukunft: **Christian Lenzer**
- 17 Umwelt: **Klaus Lippold**
- 18 Familie, Frauen: **Maria Eichhorn**
- 19 Fremdenverkehr: **Rolf Olderog**



● **Weihnachtspostkarte**

Bestell-Nr.: 9453
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 9,90 DM.



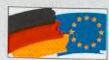
● **Geschenk-Papier**

Bestell-Nr.: 9592
Verpackungseinheit: 20 Bogen
Preis je 20 Bogen: 19,60 DM.



Das vereinte Deutschland zukunfts-fähig machen

**Die Koalitionsvereinbarungen
von CDU, CSU und FDP
für die 13. Legislaturperiode
des Deutschen Bundestages**



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

● **Das vereinte Deutschland
zukunfts-fähig machen**

*Koalitionsvereinbarungen
für die 13. Legislaturperiode
von CDU, CSU und FDP.*

Zusätzlich zu dem Text der Koalitionsvereinbarungen enthält diese Broschüre umfangreiche Erläuterungen zu verschiedenen Sachpunkten.

So werden z. B. anhand von Grafiken Solidaritätszuschlag, Familienlastenausgleich und die Forderungen zur inneren Sicherheit verdeutlicht.

Bestell-Nr.: 5044
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 25 DM.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164, 33759 Versmold
Fax (0 54 23) 54 69, 4 15 21 und 4 28 20
Preise zuzüglich MwSt., inklusive Versand

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Deutschland erneuern Zukunft sichern

»Wir müssen uns die Frage stellen, ob das, was wir in den letzten Jahrzehnten gemeinsam geschaffen haben, auch für die Zukunft noch tragfähig ist. Vieles, was gut gelungen ist, wollen wir beibehalten und auch leidenschaftlich verteidigen. Aber wir müssen auch die Kraft haben zu erkennen, was sich weniger positiv entwickelt hat. Wir müssen Fehlentscheidungen rückgängig machen oder verhindern. Es geht darum, Deutschland eine gute Zukunft zu sichern.«
Bundeskanzler Helmut Kohl

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

38/39 1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5307-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.